

# Disziplinarrecht, Strafrecht, Beschwerderecht der Bundeswehr

WDO und WBO: Alles zur Neufassung der ZDv

Bearbeitet von  
Karl Helmut Schnell, Heinz-Peter Ebert

30. Auflage 2016. Taschenbuch. 1056 S. Softcover

ISBN 978 3 8029 6298 1

Format (B x L): 12 x 16,5 cm

[Wirtschaft > Verwaltungspraxis > Bundeswehr](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

WALHALLA

# Disziplinarrecht

---

## Strafrecht

---

## Beschwerderecht

---

# der Bundeswehr

---



[ Wissen für die Praxis ]

# Alle Vorschriften für den Rechtsalltag

## Alle Regelungen nach neuer Systematik

Dieses seit Jahren bewährte Taschenbuch ist bestens geeignet für den Disziplinarvorgesetzten, alle Soldatinnen und Soldaten, die ihre eigenen Rechte wahrnehmen wollen oder in der Ausbildung stehen sowie für Reservistinnen und Reservisten.

Alle Vorteile auf einen Blick:

- Hinweise aus der Praxis
- Thematisch zielgerichtete Aufbereitung
- Übersichtliche Schaubilder

Der ideale Begleiter für alle Fragen im Disziplinar-, Straf- und Beschwerderecht.

„Für Disziplinarvorgesetzte, Soldaten, die im Rahmen der Wehrdisziplinar- und -beschwerdeordnung ihre Rechte wahrzunehmen suchen, Offiziere in der Laufbahnausbildung oder auch Juristen erweist sich die handliche und umfassende Gesetzessammlung als hilfreiches Kompendium, das viele Auszüge der einschlägigen Gesetze und Vorschriften enthält.“

*Strategie & Technik*

*Karl Helmut Schnell* †, Ministerialdirektor a. D.  
*Heinz-Peter Ebert*, Direktor eines Rechtsberaterzentrums  
der Bundeswehr a. D.

**Hinweis:** Unsere Werke sind stets bemüht, Sie nach bestem Wissen zu informieren.  
Die vorliegende Ausgabe beruht auf dem Rechtsstand März 2016.

**WALHALLA Digital:**

Mit den WALHALLA E-Books bleiben Sie stets auf aktuellem Stand!

Auf [www.WALHALLA.de](http://www.WALHALLA.de) finden Sie unser komplettes E-Book- und App-Angebot.

Klicken Sie doch mal rein! !

Wir weisen darauf hin, dass Sie die gekauften E-Books nur für Ihren persönlichen Gebrauch nutzen dürfen. Eine entgeltliche oder unentgeltliche Weitergabe oder Leihe an Dritte ist nicht erlaubt. Auch das Einspeisen des E-Books in ein Netzwerk (z. B. Behörden-, Bibliothekserver, Unternehmens-Intranet) ist nicht erlaubt.

Sollten Sie an einer Serverlösung interessiert sein, wenden Sie sich bitte an den WALHALLA-Kundenservice; wir bieten hierfür attraktive Lösungen an:  
Tel. 0941 5684-209

© Walhalla u. Praetoria Verlag GmbH & Co. KG, Regensburg

Dieses E-Book ist nur für den persönlichen Gebrauch bestimmt.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Bestellnummer: 6298600

## Einführung

---

Die zahllosen Gesetze, Verordnungen, Vorschriften und Erlasse zum Strafrecht einerseits sowie zum Disziplinar- und Beschwerderecht der Soldaten andererseits zu ordnen und mittels detaillierten Stichwortverzeichnis den praktischen Bedürfnissen aufzuschließen, ist das Anliegen dieser Taschenbuchausgabe. Aus dem Kreis der Benutzer ist dabei nicht nur an die Disziplinarvorgesetzten gedacht, denen die Handhabung der Disziplinalgewalt erleichtert werden soll, sondern auch an die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die im Rahmen der Wehrdisziplinar- und -beschwerdeordnung ihre Rechte wahrzunehmen suchen.

Außerdem ist dieses handliche Kompendium der ideale Begleiter während der Ausbildung zum Offizier und bei allen Lehrgängen, die das Thema „Wehrrecht und Soldatische Ordnung“ beinhalten.

Schließlich wird das Werk den rechtsberatenden Berufen von Nutzen sein, da ihnen die Vorschriften der Bundeswehr in dieser einzigartigen Zusammenstellung nur mit erheblichem Zeitaufwand zugänglich sein werden.

Der Aufbau der Ausgabe lehnt sich weitgehend an den in der Bundeswehr allgemein benutzten „Deutschen Bundeswehr-Kalender“ an, dessen Fachbeiträge einschlägig ergänzt sind.

**Die vorliegende 30. Auflage wurde vollständig überarbeitet** und berücksichtigt alle Änderungen, die sich seit der letzten Auflage ergeben haben.

Die Überarbeitung wurde insbesondere deshalb erforderlich, weil die in dem Werk enthaltenen zahlreichen Erlasse der früheren „Zentralen Dienstvorschrift 14/3“ und auch der anderen Dienstvorschriften in ein neues „**Aktives Regelungsmanagementsystem**“ mit der Folge einer **völlig neuen Bezeichnung** überführt worden sind. So findet sich nunmehr z.B. die ZDv 14/3 unter dem Kurztitel „A-2160/6“ („Wehrdisziplinarordnung und Wehrbeschwerdeordnung“) nur noch im Intranet der Bundeswehr unter „Regelungen-Online“ und nicht mehr in Form einer Loseblattsammlung.

Die durch das Bundesministerium als Erlasshalter bis Ende 2015 angekündigte **vollständige inhaltliche Überarbeitung der ZDv A-2160/6** ist nunmehr mit Stand vom Januar 2016 abgeschlossen.

Eine **Gegenüberstellung „Bisherige Vorschriftenfundstellen – neue Vorschriftenfundstellen“** befindet sich im Anschluss an die Inhaltsübersicht auf S. 11. Diese Synopse soll helfen, die neuen Erlassbezeichnungen einzuordnen.

## Einführung

---

Von den seit der Voraufgabe geänderten Gesetzen und Verordnungen seien daneben im Wesentlichen genannt:

- das Soldatengesetz (**C 01**),
- die WDO-Bezügeverordnung (**C 11h**),
- das Strafgesetzbuch (**C 25b**),
- das NATO-Truppen-Schutzgesetz (**C 25c**),
- die Strafprozessordnung (**C 27**) und
- Anordnung über die Übertragung von Zuständigkeiten im Widerspruchsverfahren und über die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei Klagen in Angelegenheiten der Besoldung, der Versorgung, des Wehrsolds und der Beihilfe und der Unterhaltssicherung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.

Diese Ausgabe entspricht dem Stand vom 1. März 2016.

*Herausgeber und Verlag*

## Inhaltsübersicht

	<b>Gegenüberstellung: Bisherige Vorschriftenfundstellen – neue Vorschriftenfundstellen</b>	S. 11
	<b>Fundstellenverzeichnis</b>	S. 13
A 10	<b>Grundgesetz</b> – Auszug –	S. 23
A 20	Gesetz über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages	S. 49
A 21	Wehrbeauftragtenangelegenheiten	S. 56
B 19	Grundbegriffe zur militärischen Organisation, Unterstellungsverhältnisse, Dienstliche Anweisungen	S. 66
C 01	<b>Soldatengesetz</b> – Auszug –	S. 80
C 02	<b>Vorgesetztenverhältnisse</b>	
	a) Vorgesetztenverordnung	S. 134
	b) Vorgesetztenverhältnisse und Zuweisung von Disziplinarbefugnis	S. 142
C 04	Führung der Personalakten der Soldaten	S. 145
C 05	Beförderung, Einstellung, Übernahme und Zulassung von Soldatinnen und Soldaten – Auszug –	S. 152
C 06	Fristlose Entlassung	
	a) Disziplinare Entscheidung im Zusammenhang mit einer fristlosen Entlassung nach § 55 Abs. 5 SG	S. 156
	b) Ausdrücklicher Hinweis	S. 160
C 07	Beurteilungen der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr – Auszug –	S. 162
C 10	<b>Wehrdisziplinarordnung</b>	S. 168
	– Schaubild Einfaches Disziplinarverfahren	S. 208
	– Schaubild Einstufung bestimmter Dienstvergehen	S. 233

## Inhaltsübersicht

---

C 11	<b>Einzelerlasse zur WDO</b>	
	a) Abgabe an die Staatsanwaltschaft	S. 289
	b) Meldung von Verdachtsfällen an den Militärischen Abschirmdienst durch Disziplinarvorgesetzte	S. 301
	c) – zzt. unbesetzt –	
	d) Durchführung des § 143 WDO	S. 304
	e) Einleitungsbehörden	S. 306
	f) Disziplinare Ahndung bei Schadensfällen	S. 309
	g) Teilnahme am Straßenverkehr unter Einfluss berauschender Substanzen	S. 310
	h) Verordnung zur Bestimmung der Bezüge im Sinne der WDO	S. 314
	i) Beteiligung der Vertrauenspersonen	S. 316
	j) – zzt. unbesetzt –	
	k) – zzt. unbesetzt –	
	l) – zzt. unbesetzt –	
	m) Berücksichtigung des Gebots der einheitlichen Ahndung mehrerer Dienstpflichtverletzungen im Rahmen der Beschwerdeentscheidung	S. 326
	n) Auswirkung von Verfahrensverstößen auf den Bestand einer Disziplinarmaßnahme	S. 329
C 12	<b>Disziplinarbefugnis</b>	
	a) Disziplinarbefugnis von Offizieren	S. 332
	b) Disziplinarbefugnis im Vertretungsfall	S. 335
	c) Handhabung der Disziplinarbefugnis bei Soldatinnen und Soldaten des Sanitätsdienstes	S. 336
C 13	<b>Vollstreckung</b>	
	a) Verordnung über den Vollzug von Freiheitsstrafe, Strafarrest, Jugendarrest und Disziplinararrest durch Behörden der Bundeswehr	S. 338
	b) ZDv „Vollzug in der Bundeswehr“	S. 345

## Inhaltsübersicht

---

	c)	Auslegung der Begriffe „dienstliche Unterkunft“, „Gemeinschaftsräume“ und „zum Wohnen in der Gemeinschaftsunterkunft verpflichtet“ bei der Ausgangsbeschränkung im Sinne von § 25 WDO	S. 390
	d)	Seelsorgerische Betreuung und Religionsausübung während der Vollstreckung von Ausgangsbeschränkungen und Disziplinararresten	S. 391
	e)	Verfahrensrichtlinien bei Verhängung und Vollstreckung von Disziplinarbußen	S. 393
C 14		<b>Truppendienstgerichte</b>	
	a)	Verordnung über die Errichtung von Truppendienstgerichten	S. 397
	b)	Verordnung zur Regelung der Dienstbereiche der Truppendienstgerichte und zur Bildung von Truppendienstkammern	S. 398
	c)	Verteilung der Truppendienstkammern	S. 400
	d)	Schaubild Organisation der Wehrdienstgerichtsbarkeit	S. 402
C 15		Verbot der Ausübung des Dienstes	S. 404
C 17		Maßnahmen bei unerlaubter Abwesenheit von Soldatinnen und Soldaten	S. 407
C 18		Einrichtung und Führung des Disziplinarbuchs	S. 412
C 19		Gnadensachen – Auszug –	S. 420
C 20		<b>Wehrstrafgesetz</b>	S. 422
C 21		Einführungsgesetz zum Wehrstrafgesetz	S. 445
C 22		<b>Völkerstrafgesetzbuch</b>	S. 447
C 25		<b>Strafrecht</b>	S. 457
	a)	Einführung in das Strafrecht	S. 458
	b)	<b>Strafgesetzbuch</b> (StGB)	S. 465
		Stichwortverzeichnis zum StGB	S. 717
	c)	Gesetz über den Schutz der Truppen des Nordatlantikpaktes durch das Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht (NATO-Truppen-Schutzgesetz – NTSG)	S. 732

## Inhaltsübersicht

---

	d) Beachtung des Umweltstrafrechts im Dienst- und Ausbildungsbetrieb in der Bw	S. 737
	e) <b>Betäubungsmittelgesetz</b> – Auszug –	S. 739
C 26	Notwehr – Notstand – Selbsthilfe	S. 747
C 27	<b>Strafprozessordnung</b> – Auszug –	S. 751
C 28	<b>Jugendgerichtsgesetz</b> – Auszug –	S. 779
C 29	<b>Rechtsschutz</b> Gewährung von Rechtsschutz für Bundeswehrangehörige	S. 797
C 30	<b>Wehrbeschwerdeordnung</b>	S. 801
C 31	Beschwerdeweg – Rechtsweg ( <b>Schaubilder</b> )	
	a) Beschwerdeweg des Soldaten	S. 835
	b) Der Rechtsweg vor den Verwaltungsgerichten	S. 836
	c) Rechtsschutzmöglichkeiten des Soldaten	S. 837
	d) Beschwerdearten und Zuständigkeiten für die Beschwerdeentscheidung	S. 838
	e) Beschwerdearten und Instanzenzug	S. 839
	f) Zulässigkeitsvoraussetzungen der Beschwerde	S. 840
	g) Die Beschwerde gegen Beurteilungen	S. 841
	h) Ablauf des Beschwerdeverfahrens	S. 842
	i) Aufbau des Beschwerdebescheides	S. 843
	j) Muster für Entscheidungsformeln	S. 844
C 32	Belehrungen von Soldatinnen und Soldaten über Rechtsbehelfe nach der WBO und WDO	S. 845
C 33	<b>Einzelerlasse zur WBO</b>	
	a) – zzt. unbesetzt –	
	b) Vertretung von Soldatinnen und Soldaten in Verfahren nach der WBO	S. 867
	c) Geltung der WBO für ausgeschiedene Soldatinnen und Soldaten	S. 869
	d) Behandlung von Beschwerden gegen Vorschriften über die Gewährung von Zulagen	S. 871
	e) Wehrbeschwerden und statusrechtliche Klagen in der Zuständigkeit des BMVg (Hinweise für die Bearbeitung)	S. 873

## Inhaltsübersicht

---

	f) Anordnung über die Übertragung von Zuständigkeiten zur Entscheidung über Beschwerden nach der WBO im Geschäftsbereich des BMVg	S. 891
	g) Reichweite des Maßregelungs- und Benachteiligungsverbots bei Eingaben und Beschwerden	S. 893
	h) Zustellung und Mitteilung des Beschwerdebescheides	S. 895
	i) Zuständigkeit von Dienststellen für Beschwerdeentscheidungen bei Auflösung, Unterstellungswechsel und Umbenennung von Dienststellen	S. 897
C 35	Widerspruchsverfahren, Klagen, Zuständigkeiten	
	a) Allgemeine Anordnung ZDv A-2160/6, Abschnitt 2.2	S. 899
	b) Anordnung vom 7. Februar 2016 (BGBl. I S. 245)	S. 901
C 39	<b>Verwaltungsverfahrensgesetz</b>	
	Verwaltungsverfahrensgesetz – Auszug –	S. 904
C 42	Soldatinnen/Soldaten vor Gericht	
	a) Erteilung von Urlaub während Straf- oder Disziplinarverfahren	S. 912
	b) Erteilung einer Aussagegenehmigung nach § 14 Abs. 2 SG	S. 914
	c) Anzug vor Gericht und in Vollzugsanstalten	S. 916
C 43	Zustellungen, Ladungen, Vorführungen und Zwangsvollstreckungen bezüglich Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr	S. 917
C 45	Auskünfte	
	Ausführungsbestimmungen für die Einsicht in Personalakten	S. 925
C 50	<b>Wehrpflichtrecht</b>	
	Wehrpflichtgesetz – Auszug –	S. 935
C 55	<b>Beteiligung der Soldaten</b>	
	a) Soldatenbeteiligungsgesetz – Auszug –	S. 941
	b) Beteiligung durch Vertrauenspersonen (ZDv A-1472/1) – Auszug –	S. 957

## Inhaltsübersicht

---

C 70	<b>Unmittelbarer Zwang</b> Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges . . . durch Soldaten der Bundeswehr . . . sowie zivile Wachpersonen (UZwGBw) mit Ausführungsbestimmungen ZDv A-2122/2	S. 971
C 71	Erzieherische Maßnahmen	S. 1000
C 72	<b>Militärische Ordnung</b> – Einzelerlasse	
	a) – zzt. unbesetzt –	
	b) Leben in der militärischen Gemeinschaft (Zentralrichtlinie A2-2630/0-0-2) – Auszug –	S. 1009
	c) Umgang mit Abhängigkeitserkrankungen in der Bundeswehr (Zentralverfügung B2-2630/0-0-1)	S. 1012
	d) Missbrauch von Betäubungsmitteln	S. 1025
	e) Soldatinnen- und Soldaten-Gleichbehandlungsgesetz	S. 1029
	f) Umgang mit Sexualität in der Bundeswehr	S. 1037
	g) Entnahme von Blutproben	S. 1042
Z 01	<b>Allgemeine Abkürzungen</b>	S. 1044

## Gegenüberstellung Fundstellen

---

### Gegenüberstellung: Bisherige Vorschriftenfundstellen – neue Vorschriftenfundstellen

<b>Bisherige Fundstelle</b>	<b>Neue Fundstelle</b>	<b>Bezeichnung im vorliegenden Werk</b>
ZDv 1/50	unverändert	B 19
ZDv 10/2	ZDv A-1472/1	C 55b
ZDv 10/5	Zentralrichtlinie A2-2630/0-0-2	C 72b
ZDv 14/3 B 104	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.39	C 19
ZDv 14/3 B 112	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.2	C 12a
ZDv 14/3 B 117	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.9	C 11a
ZDv 14/3 B 118	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.10	C 11b
ZDv 14/3 B 120	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.11	C 72g
ZDv 14/3 B 121	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.3	C 12b
ZDv 14/3 B 126	ZDv A-2160/6, Abschnitt 2.9	C 11m
ZDv 14/3 B 127	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.24	C 11f
ZDv 14/3 B 130	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.25	C 06a
ZDv 14/3 B 132	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.32	C 13c
ZDv 14/3 B 135	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.33	C 13d
ZDv 14/3 B 136	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.30	C 13e
ZDv 14/3 B 140	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.35	C 11n
ZDv 14/3 B 151	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.42	C 71
ZDv 14/3 B 152	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.13	C 15
ZDv 14/3 B 153	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.14	C 17
ZDv 14/3 B 154	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.43	C 43
ZDv 14/3 B 161	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.1	C 11e
ZDv 14/3 B 162	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.27	C 11g

## Gegenüberstellung Fundstellen

---

ZDv 14/3 B 163	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.28	C 72d
ZDv 14/3 B 165	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.37	C 11d
ZDv 14/3 B 166	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.40	C 42b
ZDv 14/3 B 167	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.15	C 42a
ZDv 14/3 B 170	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.7	C 18
ZDv 14/3 B 173	ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.45	C 72f
ZDv 14/3 C 202	ZDv A-2160/6, Abschnitt 2.1	C 33f
ZDv 14/3 C 204	ZDv A-2160/6, Abschnitt 2.3	C 35b
ZDv 14/3 C 218	ZDv A-2160/6, Abschnitt 2.10	C 33b
ZDv 14/3 C 219	ZDv A-2160/6, Abschnitt 2.11	C 33c
ZDv 14/3 C 222	ZDv A-2160/6, Abschnitt 2.14	C 33i
ZDv 14/3 C 223	ZDv A-2160/6, Abschnitt 2.15	C 33h
ZDv 14/3 C 224	ZDv A-2160/6, Abschnitt 2.16	C 33g
ZDv 14/3 C 231	ZDv A-2160/6, Abschnitt 2.18	C 32
ZDv 14/9	ZDv A-2122/2	C 70
ZDv 14/10 B	ZDv A-2155/1	C 13b
ZDv 20/6	ZDv A-1340/50	C 07
ZDv 20/7	ZDv A-1340/49	C 05
ZDv 37/10	Zentralrichtlinie A2-2630/0-0-5	C 42c

# Fundstellenverzeichnis

StGB-Stichwortverzeichnis → C 25b S. 717

**Abgabe** an die Staatsanwaltschaft → C 11a; § 33 Abs. 3 WDO → C 10; § 40 WStG → C 20

**Abkürzungen** → Z 01

**Absehen von einer einfachen Disziplinarmaßnahme** → C 11j

**Abwesenheit** von der Truppe, unerlaubte → C 17; § 22 Abs. 2 WDO → C 10

**Akteneinsicht:** § 29 VwVfG → C 39a; § 29 SG → C 01; § 3 WDO → C 10; § 18 WBO → C 30; → C 45

**Alkoholmissbrauch** → C 72b und C 72c

**Amtshaftung:** Art. 34 GG → A 10; § 24 SG → C 01

**Amtshilfe, Rechtshilfe:** Art. 35 GG → A 10

**Anerkennung, förmliche:** §§ 11 ff. WDO → C 10

**Angriff, tätlicher, auf Vorgesetzte:** § 25 WStG → C 20

**Angriffskrieg, Verbot:** Art. 26 GG → A 10

**Anhörung** 1. des beschuldigten Soldaten: §§ 32, 97 WDO → C 10; 2. der Vertrauensperson: § 4 WDO → C 10 und C 55a und C 55b, § 10 Abs. 3 WBO → C 30; 3. zu ungünstigen Behauptungen in Beurteilungen → C 07; 4. Beteiligter: § 28VwVfG → C 39; vor Aufnahme in die Personalakte: § 29 Abs. 5 SG → C 01

**Anmaßen** von Befehlsbefugnis: § 38 WStG → C 20

**Anregungen, Bearbeitung von** → C 33e

**Anweisungen, dienstliche** → B 19

**Anzug** vor Gericht und in Vollzugsanstalten → C 42c

**Arrest**, 1. Disziplinararrest: § 26 WDO → C 10; Mitwirkung des Truppendienstrichters § 40 WDO → C 10; Vollstreckung und Vollzug §§ 53, 55 WDO → C 10; → C 13a und C 13b; sofortige Vollstreckbarkeit §§ 40 Abs. 1, § 56 Abs. 2 WDO → C 10; 2. Strafarrest: § 9 WStG → C 20; 3. Jugendarrest: § 16 JGG → C 28; 4. Vollstreckung und Vollzug → C 13a und C 13b; 5. Arrestraum → C 13b; 6. Teilnahme am Dienst: § 10 BwVollzO → C 13a und C 13b; 7. Berechnung der Dauer → C 13b

**Ärztliche Betreuung:** 1. im Arrest: § 14 BwVollzO → C 13a; 2. Suchtprobleme → C 72c

**Auflösung:** Zuständigkeit von Dienststellen für Beschwerdeentscheidungen und von Einleitungsbehörden bei Auflösung von Dienststellen → C 33i

**Ausdrücklicher Hinweis:** § 55 Abs. 5 SG → C 01; Erlass → C 06b

## Fundstellenverzeichnis

---

- Ausgangsbeschränkung:** § 25 WDO, Vollstreckung: § 52 WDO → **C 10**;  
Dauer der A. → **C 13b**
- Ausgleich** für zu Unrecht vollzogenen Disziplinararrest und Ausgangsbeschränkung § 54 WDO → **C 10**
- Auskünfte** aus Personalunterlagen § 29 SG → **C 01**; → **C 45b**; über Disziplinarmaßnahmen: § 9 WDO → **C 10**
- Auskunftsverweigerung:** § 55 StPO → **C 27**
- Ausländerfeindlichkeit** → Rechtsextremismus
- Auslandsverwendung, besondere:** § 1 Abs. 3 SG → **C 01**; Rechtsschutz → **C 29a, b**
- Aussagegenehmigung:** § 14 SG → **C 01**; → **C 42b**; § 54 StPO → **C 27**
- Ausschluss vom Wehrdienst:** § 10 WpflG → **C 50a**; A. aus der Bundeswehr: § 30 WpflG → **C 50a**
- Aussetzung des gerichtlichen Disziplinarverfahrens:** §§ 83, 99 WDO → **C 10**
- Aussprache** bei Beschwerden: § 4 Abs. 5 WBO → **C 30**
- Bearbeitung truppdienstlicher und statusrechtlicher Beschwerden** → **C 33e**
- Bedrohung** eines Vorgesetzten: § 23 WStG → **C 20**
- Befangenheit:** § 21 VwVfG → **C 39**; eines Disziplinarvorgesetzten: § 30 Abs. 2 Nr. 3 WDO → **C 10**
- Befehl, Begriff:** § 2 Nr. 2 WStG → **C 20**; **B 19**; Verbindlichkeit: § 11 SG → **C 01**, § 22 WStG → **C 20**
- Befehls- und Kommandogewalt:** Art. 65a, 115b GG → **A 10**; → **B 19**
- Begründung:** 1. Beschwerdebescheid: § 12 WBO → **C 30**; 2. Antrag an TDG: § 17 Abs. 4 WBO → **C 30**; 3. Antrag an BVerwG: § 21 Abs. 2 iVm § 17 Abs. 4 WBO → **C 30**; 4. Verwaltungsakt: § 39 VwVfG → **C 39**
- Beförderung** während eines gerichtlichen Disziplinar- oder strafgerichtlichen Verfahrens → **C 05**
- Beförderungsverbot:** §§ 58, 60 WDO → **C 10**; Vollstreckung: § 35 Abs. 3 WDO → **C 10**; Beförderungsbestimmungen → **C 05**
- Belästigung,** § 3 Abs. 3 und 4 SoldGG → **C 72e**
- Belohnungen, Annahme von B.:** § 19 SG → **C 01**
- Benachteiligung, Verbot der B.:** § 2 WBO → **C 30**; → **C 33g**; § 3 SoldGG → **C 72e**
- Berufssoldaten,** § 37 ff. SG → **C 01**
- Beschlagnahme:** § 94 ff. StPO → **C 27**; B. in Dienstgebäuden oder Anlagen der Bw: § 98 Abs. 4 StPO → **C 27**; § 7 UZwGBw → **C 70**; § 20 WDO → **C 10**
- Beschwerde, gesetzliche Grundlagen:** 1. § 34 SG → **C 01**; 2. § 1 WBO → **C 30**; gegen Disziplinarmaßnahmen: § 42 WDO → **C 10**; Frist: § 6 WBO → **C 30**; weitere Beschwerde: § 16 WBO; Antrag an Trup-

## Fundstellenverzeichnis

---

- pendienstgericht: § 17 WBO; Bearbeitung truppendienstlicher und statusrechtlicher Beschwerden → **C 33e**; Unterdrückung von Beschwerden: § 35 WStG → **C 20**; Übersicht → **C 31** und **C 33e**; Geltung der WBO für entlassene Soldaten → **C 33c**, Vertretung bei Beschwerden → **C 33b**; gegen Beurteilungen: § 1 Abs. 2 WBO → **C 30**, **C 07** und **C 31g**, Zuständigkeit für Beschwerdeentscheidungen bei Auflösung, Unterstellungswechsel und Umbenennung von Dienststellen → **C 33i**
- Beschwerdearten** → **C 33e**, Anlg. 1
- Betäubungsmittel** → **C 72b** bis **C 72d**; → **C 25e**
- Beteiligung VP** → **C 11i**, **C 55a** und **C 55b**
- Betrunkene**, Verhalten gegenüber betrunkenen Soldaten → **C 72b**
- Beurteilungen** → **C 07**
- Bewährung**: § 49 WDO → **C 10**
- Bezüge i. S. d. WDO** → **C 11h**
- Blutprobe**: § 81a StPO → **C 27**; → **C 72g**
- Blutverfassungsgericht**: Art. 93 GG → **A 10**
- Bundesverwaltungsgericht**: §§ 114 ff. WDO → **C 10**; § 21 WBO → **C 30**; Organisation → **C 14c**
- Bundeswehrdisziplinaranwalt**: § 81 WDO → **C 10**
- Bundeswehrverwaltung**: Art. 87b GG → **A 10**
- Bußgeldverfahren**: Disziplinarverfahren, Disziplinarmaßnahme u. B.: §§ 16, 34, 43, 44 Abs. 3 WDO → **C 10**
- Dauer des Gerichtsverfahrens**, Rechtsschutz: § 23a WBO → **C 30**; § 91 WDO → **C 10**
- Dauer der Freiheitsentziehung**, Berechnung → **C 13b**
- Dienstaufsicht**, Pflicht aller Vorgesetzten: § 10 Abs. 2 SG → **C 01**;  
über die Ausübung der Disziplinarbefugnis: § 46 WDO → **C 10**;  
über Stabspersonal und Personal von BwKrhs und ZInstSanBw → **C 12b**; im Beschwerdeverfahren § 12 Abs. 3, § 14 WBO → **C 30**
- Dienstbezüge**, Kürzung: § 59 WDO → **C 10**
- Dienstenthebung**, vorläufige: § 126 WDO → **C 10**
- Dienstgradgruppen**: 1. § 4 VorgVO → **C 02a**; 2. Besetzung Wehrdienstgerichte: § 74 WDO → **C 10**
- Dienstgradherabsetzung**: §§ 58, 62 WDO → **C 10**; Vollstreckung: § 135 Abs. 4 WDO → **C 10**
- Dienstvergehen**: § 23 SG → **C 01**; einheitliche Ahndung → **C 11 m**
- Dienstverhältnis**: 1. Berufssoldaten a) Beendigung: § 43 SG; b) Entlassung: § 46 SG → **C 01**; c) Entfernung aus dem D.: §§ 58, 63 WDO → **C 10**; 2. Soldaten auf Zeit a) Beendigung: § 54 SG; b) Entlassung: § 55 SG → **C 01**; c) Entfernung aus dem D.: §§ 58, 63 WDO → **C 10**

## Fundstellenverzeichnis

---

- Dienstzeitbescheinigung, Dienstzeugnis:** § 32 SG → **C 01**
- Disziplinararrest** → Arrest
- Disziplinarbefugnis,** Begriff: § 23 WDO → **C 10**; Erlasse → **C 12** und **C 02b**; Anmaßung/Mißbrauch: §§ 38, 39 WStG → **C 20**
- Disziplinarbücher:** § 7 WDO → **C 10**; → **C 18**
- Disziplinarbuße:** Verhängung, § 24 WDO; Vollstreckung, § 51 WDO → **C 10**; **C 13e**
- Disziplinargerichtliches Verfahren** → Gerichtliches Disziplinarverfahren
- Disziplinargerichtsbescheid:** § 102 WDO → **C 10**
- Disziplinalgewalt** → Disziplinarbefugnis
- Disziplinargradensachen** → **C 19**
- Disziplinarmaßnahmen,** einfache: § 22 WDO; gerichtliche: § 58 WDO; Absehen → **C 11j**; Aufhebung oder Änderung: §§ 43-45 WDO → **C 10**; Vollstreckung und Vollzug: §§ 47 ff., § 135 WDO → **C 10** und **C 13**; Auskünfte: § 9 WDO → **C 10**; einfache D. und fristlose Entlassung → **C 06a**
- Disziplinarvorgesetzte:** §§ 15 ff., 27 ff. WDO; Selbständigkeit: § 35 WDO; Prüfungspflicht: § 32 f. WDO; Festnahmerecht: § 21 WDO → **C 10**; Katalog der D. → **C 12a**
- Durchsuchung:** § 102 ff. StPO; D. in Dienstgebäuden oder Anlagen der Bundeswehr: § 105 Abs. 4 StPO → **C 27**; § 20 WDO → **C 10**; § 7, 8 UZwGBw → **C 70**
- Ehrenamtliche Richter** beim Truppendienstgericht: § 74 WDO, bei den Wehrdienstsenaten: § 80 Abs. 3 u. 4 WDO → **C 10**; § 18 Abs. 1, § 21 Abs. 2 WBO → **C 30**
- Eid:** § 9 SG → **C 01**
- Eigenmächtige Abwesenheit:** § 15 WStG → **C 20** und → **C 17**
- Einheitliche Ahndung** → **C 11m**, § 18 WDO → **C 10**
- Einleitungsbehörde:** §§ 41, 94 WDO → **C 10** und → **C 11e**
- Einsatz:** Begriff: ZDv 1/50, Nr. 203 → **B 19**
- Einsicht in Personalakten:** § 29 SG → **C 01** und → **C 45**
- Entfernung aus dem Dienstverhältnis:** § 63 WDO → **C 10**; Vollstreckung: § 135 Abs. 5 WDO → **C 10**
- Entlassung** → Ernennung
- Entwürdigende Behandlung** Untergebener: § 31 WStG → **C 20**
- Ernennung** und Entlassung, gesetzliche Grundlagen: Art. 60 GG → **A 10**, §§ 3 f., 46, 55 SG → **C 01**
- Erzieherische Maßnahmen** → **C 71**
- Erziehungsmaßregeln:** § 9 ff. JGG → **C 28**
- Erzwingungshaft** → **C 43**, Nrn. 39 ff.

## Fundstellenverzeichnis

---

- Fahnenflucht:** § 16 WStG → **C 20**
- Fahrerlaubnis**, vorläufige Entziehung: § 111a StPO → **C 27**
- Fesselung** von Personen: § 14 UZwGBw → **C 70**
- Festnahme**, vorläufige: § 127 StPO → **C 27**; § 21 WDO → **C 10**; § 6 UZwGBw → **C 70**
- Freiheitsentziehungen**, Art. 104 GG → **A 10**; § 53 WDO → **C 10**; Vollzug → **C 13a** und **C 13b**
- Fristlose Entlassung:** § 55 Abs. 5 SG (→ **C 01**); Erlasse → **C 06** und **C 50b**
- Fürsorge:** § 10 Abs. 3 SG, § 31 SG → **C 01**
- Gehaltskürzung** → Kürzung der Dienstbezüge
- Gehorsam**, Pflicht zum G.: § 11 SG → **C 01**; strafrechtliche Folgen bei Handeln auf Befehl: § 5 WStG; Gehorsamsverweigerung: § 20 WStG → **C 20**
- Gelöbnis:** § 9 SG → **C 01**
- Gerichte**, Disziplinargerichte → Wehrdienstgerichte; Verwaltungsgerichte → **C 31b**; Art. 92 ff. GG → **A 10**; Anzug vor Gericht → **C 42c**
- Gerichtliches Disziplinarverfahren:** § 58 ff. WDO; Aussetzung: § 83; Einleitung: § 92 ff. WDO; Anschuldigungsschrift: § 99 WDO; Einstellung: § 98 WDO; Hauptverhandlung: § 104 WDO; Akteneinsicht: § 3 WDO; Beweisaufnahme: § 106 WDO; Rechtsmittel: § 114 ff. WDO; Rechtskraft: 125 WDO; Wiederaufnahme: § 129 WDO; Kosten: § 136 ff. WDO → **C 10**
- Geschenke**, Annahme von G.: § 19 SG → **C 01**
- Gesetz über den Schutz der Truppen des Nordatlantikpaktes durch das Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht** → **C 25c**
- Gleichbehandlung** → **C 72e**
- Gliederungsformen, militärische** → Organisation
- Gnadenrecht** im Disziplinarverfahren: Art. 60 Abs. 2 GG → **A 10**; § 5 SG → **C 01**; § 19 WDO → **C 10**; → **C 19**
- Grundgesetz** der Bundesrepublik Deutschland → **A 10**
- Grundrechte:** Art. 1-20, 101, 103 GG → **A 10**
- Haft**, zivilprozessuale Zwangshaft → **C 43**
- Haftbefehl:** § 112 ff. StPO → **C 27** **Haftung** → Schadensfälle
- Herabsetzung in der Besoldungsgruppe:** § 61 WDO → **C 10**; Vollstreckung: § 135 Abs. 4 WDO → **C 10**
- Heranwachsender**, Begriff: § 1 JGG → **C 28**
- Irrtum** über die Verbindlichkeit eines Befehls: § 22 WStG → **C 20**; über Tatumstände: § 16 StGB; Verbotsirrtum: § 17 StGB → **C 25b**
- Jugendarrest:** §§ 13, 16, 90 JGG → **C 28**
- Jugendgerichtsgesetz** → **C 28**

## Fundstellenverzeichnis

---

- Jugendlicher**, Begriff: § 1 JGG; Verantwortlichkeit: § 3 JGG; → **C 28**
- Jugendstrafe**, §§ 17-19 JGG; Aussetzung a) zur Bewährung: §§ 21 bis 26a JGG; b) der Verhängung: §§ 27-30 JGG → **C 28**
- Justizmitteilungsgesetz** → Mitteilungen in Strafsachen
- Kameradschaft**: § 12 SG → **C 01**
- Klagen**, Zuständigkeit zur Vertretung des Bundes → **C 35a** und **C 35b**
- Kommandogewalt**: Art. 65a GG → **A 10**
- Kosten**, im Disziplinarverfahren: § 136 ff. WDO → **C 10**; im Beschwerdeverfahren: § 20 WBO → **C 30**; im Vorverfahren: § 80 VwVfG → **C 39**
- Kriegsdienstverweigerung**: Art. 12a GG → **A 10**
- Ladungen** → **C 43**; im disziplinargerichtlichen Verfahren: § 103 WDO → **C 10**
- Lösungsbeschluss** → § 84 Abs. 1 Satz 2 WDO (**C 10**)
- Mangelhafte Dienstaufsicht**: § 41 WStG → **C 20**
- Meldung**, unwahre dienstliche M.: § 42 WStG → **C 20**; unterlassene M.: § 43 WStG → **C 20**; besonderer Verdachtsfälle → **C 11b**
- Menschenwürde**: Art. 1 GG → **A 10**
- Meuterei**: § 27 f. WStG → **C 20**
- Militärische Gemeinschaft** → **C 72b**
- Militärische Organisation** → **B 19**
- Missbrauch der Befehlsbefugnis**: § 32 WStG → **C 20**; der Disziplinarbefugnis: § 39 WStG → **C 20**; Betäubungsmittel → **C 72b**
- Misshandlung** Untergebener: § 30 WStG → **C 20**
- Mitteilungen in Strafsachen**: § 89 SG → **C 01**
- Nebentätigkeit** der Soldaten: § 20 SG → **C 01**
- Nichtzulassungsbeschwerde**: § 226 WBO → **C 30**
- Nordatlantikpakt**, NATO-Truppen-Schutzgesetz → **C 25c**
- Nötigung**, allgemein: § 240 StGB → **C 25b**; eines Vorgesetzten: § 24 WStG → **C 20**
- Notstand**: § 34 f. StGB → **C 25b** und **C 26**
- Notwehr**: § 32 f. StGB → **C 25b** und **C 26**
- Organisation, militärische** → **B 19**
- Personalakten**: § 29 SG → **C 01** und **C 04**; Einsicht in P. → **C 45**
- Personenüberprüfung**: §§ 4 ff. UZwGBw → **C 70**
- Petitionsrecht**: Art. 17 und 45b GG → **A 10**
- Pflichten** des Soldaten: §§ 7 bis 23 SG → **C 01**
- Pflichtverletzung** von Vorgesetzten: § 357 StGB → **C 25b**; § 30 ff. WStG → **C 20**

## Fundstellenverzeichnis

---

- Politische Betätigung:** § 15 SG → C 01  
**Postgeheimnis:** Art. 10 GG → A 10
- Rauschgift** → Betäubungsmittel  
**Rechtliches Gehör** → Anhörung  
**Rechtsanwalt:** § 90 WDO → C 10; → C 33b  
**Rechtsbehelfe** → C 32; gegen Verwaltungsakte: § 79 VwVfG → C 39a;  
Übersicht → C 33e  
**Rechtsbeschwerde:** § 22a WBO → C 30  
**Rechtshilfe, Amtshilfe:** Art. 35 GG → A 10  
**Rechtskraft** disziplinargerichtlicher Entscheidungen: § 125 WDO  
→ C 10  
**Rechtsextremismus** → C 11a; C 72b  
**Rechtsprechung:** Art. 92 ff. GG → A 10  
**Rechtsradikalismus** → Rechtsextremismus  
**Rechtsschutz** → C 29; R. bei überlangen Gerichtsverfahren: § 23a  
WBO → C 30, § 91 WDO → C 10  
**Rechtsweg:** § 59 SG → C 01; §§ 17, 21, 22 WBO → C 30; Schaubilder  
→ C 31a und C 31b  
**Richtlinie** → B 19  
**Rücknahme** der Beschwerde: § 8 WBO → C 30  
**Ruhegehalt, Kürzung:** §§ 58, 64 WDO → C 10; Aberkennung: §§ 58,  
65 WDO → C 10; Vollstreckung: § 135 Abs. 6 WDO → C 10
- Sachschaden** → Schadensfälle  
**Schadensfälle,** disziplinare Ahndung bei Sch. → C 11 f.; Haftung:  
§ 24 SG → C 01  
**Schusswaffengebrauch:** § 15 ff. UZwGBw → C 70  
**Seelsorgerische Betreuung:** § 36 SG → C 01; → C 13a und C 13b  
**Selbstverstümmelung:** § 17 WStG → C 20  
**Sexuelle Belästigung:** § 3 Abs. 4 SoldGG → C 72e  
**Sexuelles Verhalten** → C 72 f.  
**Selbsthilfe** → C 26  
**Sicherheitsbereiche:** § 2 UZwGBW → C 70  
**Soldatenbeteiligungsgesetz** → C 55a  
**Soldatengesetz** → C 01  
**Soldatinnen- und Soldaten-Gleichbehandlungsgesetz** → C 72e  
**Staatsanwaltschaft, Abgabe an die St.:** § 33 Abs. 3 WDO → C 10;  
C 11a  
**Staatsbürgerlicher Unterricht:** § 33 SG → C 01  
**Status** → Dienstverhältnis  
**Strafarrest, Vollzug** → C 13  
**Strafaussetzung** im Wehrstrafrecht: §§ 14-14a WStG → C 20; der  
Jugendstrafe: § 21 ff. JGG → C 28  
**Strafgesetzbuch** → C 25; Stichwortverzeichnis → C 25b S. 717

## Fundstellenverzeichnis

---

- Strafprozessordnung** → C 27; Anwendung bei Straftaten gegen die Vertragsstaaten des Nordatlantikpaktes → C 25c; ergänzende Anwendung in WDO: § 91 WDO → C 10
- Strafrecht** → C 20 bis C 26; Einführung in das S. → C 25a
- Straftaten** gegen die Vertragsstaaten des Nordatlantikpaktes → C 25c
- Strafvorschriften**, Anwendung zum Schutz der Vertragsstaaten des Nordatlantikpaktes → C 25c
- Streitkräfte**, Aufstellung und Stärke: Art. 87a GG → A 10
- Strenger Verweis**: § 23 WDO → C 10; Vollstreckung: § 50 WDO → C 10
- Suchtproblematik** → C 72c und C 72d
- Tätlicher Angriff** auf Vorgesetzte: § 25 WStG → C 20
- Tilgung** von Disziplinarmaßnahmen: § 8 WDO → C 10
- Totalverweigerer, Entlassung** → C 50b
- Tradition in der Bw**, Verbot des Zeigens nationalsozialistischer Kennzeichen: § 86a StGB → C 25b
- Trunkenheit** → C 72b; Alkoholmissbrauch → C 72c; T. am Steuer → C 11g
- Truppe** und Wehrbeauftragter → A 21
- Truppendienstgerichte**: §§ 69 ff. WDO → C 10; Errichtung → C 14a; Regelung der Dienstbereiche → C 14b; Anschriften → C 14c; Organisation → C 14d
- Umbenennung**: Zuständigkeit von Dienststellen für Beschwerdeentscheidungen und von Einleitungsbehörden bei Aufösung, Unterstellungswechsel und Umbenennung von Dienststellen → C33i
- Umweltstrafrecht** → C 25d
- Ungehorsam**, § 19 WStG → C 20
- Uniform**: § 4 f. SG → C 01; bei politischen Veranstaltungen: § 15 Abs. 3 SG → C 01; U.-verbot: § 126 Abs. 1 WDO → C 10
- Unmittelbarer Zwang** → C 70
- Untätigkeitsbeschwerde**: §§ 1 Abs. 2, 16 Abs. 2, 17 Abs. 1 Satz 2 WBO → C 30
- Unterlassene Meldung**: § 43 WStG → C 20
- Unterstellungsverhältnisse** → B 19
- Unterstellungswechsel**: Zuständigkeit von Dienststellen für Beschwerdeentscheidungen und von Einleitungsbehörden bei Auflösung, Unterstellungswechsel und Umbenennung von Dienststellen → C 33i
- Untersuchung**, körperliche → § 81a, d StPO → C 27
- Untersuchungsausschuss**: Art. 44 GG → A 10
- Unwahre dienstliche Meldung**: § 42 WStG → C 20
- Unwürdigkeit**: § 144 WDO → C 10; § 23 Abs. 2 Nr. 2 SG → C 01
- Urlaub** während Straf- und Disziplinarverfahren → C 42a

## Fundstellenverzeichnis

---

- Verbot** der Ausübung des Dienstes: § 22 SG → **C 01**; Durchführungsbestimmungen → **C 15**
- Verfahrensverstöße** → **C 11n**
- Verfählungen** Jugendlicher: §§ 3 bis 32 JGG → **C 28**
- Verhaftung**: § 112 ff. StPO → **C 27**
- Verjährung** der Strafverfolgung: § 78 ff. StGB → **C 25b**; bei Dienstvergehen: § 17 WDO; der Vollstreckung einfacher Disziplinarmaßnahmen: § 57 WDO → **C 10**
- Verlust** des Dienstgrades: § 62 ff. WDO → **C 10**
- Vermittlung** bei Beschwerden, § 4 WBO → **C 30**; durch Vertrauensperson, §§ 30, 31 SBG → **C 55a**
- Vernehmungsmethoden, verbotene**: § 136a StPO → **C 27**
- Verschwiegenheit**: § 14 SG → **C 01**
- Verteidiger** § 90 WDO → **C 10**
- Verteidigungsfall**: Art. 115a und 115b GG → **A 10**
- Vertrauensperson**, gesetzliche Grundlage: § 35 SG → **C 01** und SBG → **C 55a** und **C 55b**; Beteiligung in Disziplinar- und Beschwerdeangelegenheiten: §§ 27, 30 SBG → **C 55a**, **C 55b** und **C 11i**
- Vertretung** im Beschwerdeverfahren → **C 33b**; bei Klagen → **C 35a**, **C 35b**; Disziplinarbefugnisse → **C 12b**
- Verwaltungsakt**: § 35 VwVfG → **C 39**
- Verwaltungsbeschwerde**: § 23 WBO → **C 30**
- Verwaltungsgericht**, Zuständigkeit für Klagen aus dem Wehrdienstverhältnis: § 59 SG → **C 01**; Vorverfahren: § 23 WBO → **C 30**; Rechtsweg vor dem VG → **C 31**
- Verwaltungsverfahrensgesetz** → **C 39**
- Verweis**: § 23 WDO → **C 10**; Vollstreckung: § 50 WDO → **C 10**
- Verzicht** auf Beschwerde: § 47 Abs. 1 Satz 2 WDO → **C 10**; § 8 WBO → **C 30**
- Viertes Strafrechtsänderungsgesetz** → **C 25e**
- Völkerrecht**: Art. 25 GG → **A 10**, Unterricht: § 33 SG → **C 01**
- Völkerstrafgesetzbuch** → **C 22**
- Volksverhetzung** → **C 11a** (zu Anh. 2, § 130 StGB)
- Vollstreckung** von einfachen Disziplinarmaßnahmen: § 47 ff. WDO → **C 10** und **C 13**, Aussetzung, Aufschub und Unterbrechung § 49 WDO; im Verfahren gegen Jugendliche: § 82 ff. → **C 28**; von Freiheitsentziehungen → **C 13a**
- Vollzug** von Freiheitsstrafe, Strafarrrest, Jugendarrest und Disziplinararrrest → **C 13a**; ZDv → **C 13b**
- Vollzugsbehörden**, Vollzugsleiter und Vollzugshelfer → **C 13b**; im Verfahren gegen Jugendliche § 90 ff. JGG → **C 28**
- Vorführung** von Soldaten auf Grund gerichtlicher Anordnung → **C 43**

## Fundstellenverzeichnis

---

- Vorgesetzte:** Begriff: § 1 Abs. 5 SG → **C 01**; Vorgesetztenverhältnisse → **C 02**; Pflichten der Vorgesetzten: § 10 SG → **C 01**
- Vorgesetztenverhältnisse** → **C 02b**
- Vorlage an die Einleitungsbehörde:** § 41 WDO → **C 10**
- Vorläufige Festnahme:** § 112 ff. StPO → **C 27**; § 21 WDO → **C 10**; § 6 UZwGBw → **C 70**
- Wachverfehlungen:** § 44 WStG → **C 20**
- Waffengebrauch,** rechtswidriger: § 46 WStG → **C 20**
- Wahlrecht,** aktives und passives Wahlrecht: § 25 SG → **C 01**
- Wahrheitspflicht:** § 13 SG → **C 01**
- Wehrbeauftragter,** verfassungsrechtliche Grundlage: Art. 45b GG → **A 10**; Gesetz über den Wehrbeauftragten → **A 20**; Erlass „Wehrbeauftragtenangelegenheiten“ → **A 21**
- Wehrbeschwerdeordnung** → **C 30**; Einzelerlasse zur WBO → **C 33**
- Wehrdienstgerichte:** § 68 WDO → **C 10**; Schaubild → **C 14d**
- Wehrdienstsenate:** § 80 WDO → **C 10**; Schaubild → **C 14d**
- Wehrdienstverhältnisse:** § 2 SG → **C 01**
- Wehrdisziplinaranwälte:** § 81 WDO → **C 10**; Ermittlungen, §§ 92, 97 WDO → **C 10**
- Wehrdisziplinarordnung** → **C 10**; Bezüge i. S. d. WDO → **C 11 h**
- Wehrpflichtgesetz** → **C 50**
- Wehrstrafgerichtsbarkeit:** Art. 96 GG → **A 10**
- Wehrstrafgesetz** → **C 20**
- Weitere Beschwerde:** § 16 WBO (→ **C 30**)
- Wiedereinsetzung** in den vorigen Stand: § 7 WBO → **C 30**
- Widerspruchsverfahren,** Zuständigkeit → **C 35**
- Zeugen,** Zeugnisverweigerungsrecht und Auskunftsverweigerungsrecht: § 52 ff. StPO → **C 27**; Zeugen im Disziplinarrecht: §§ 32 Abs. 2, 86, 106 WDO → **C 10**
- Zuchtmittel:** §§ 13 bis 16 JGG → **C 28**
- Zulagen,** Beschwerden wegen der Nichtgewährung von Z. → **C 33d**
- Zuständigkeit,** für Entscheidung von Beschwerden: § 9 WBO → **C 30** und **C 33 f.**; im Widerspruchsverfahren und zur Vertretung des Bundes bei Klagen → **C 35**, von Dienststellen für Beschwerdeentscheidungen bei Auflösung, Unterstellungswechsel und Umbenennung von Dienststellen → **C 33j**
- Zustellungen** an Soldaten im gerichtlichen Verfahren → **C 43**
- Zwang,** unmittelbarer → **C 70**
- Zwangsvollstreckungen** in der Bundeswehr → **C 43**

Abkürzungen → **Z 01**

# Grundgesetz

Vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1)

Zuletzt geändert durch  
Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes  
vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2438)

- Auszug -

## Literatur-Hinweise:

1. Raap, Deutsches Wehrrecht. Die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen des Wehrwesens, Heidelberg 1999 (v. Decker's Fachbücherei)
2. Schade, Grundgesetz mit Kommentierung, Regensburg, 9. Aufl. 2012 (Walhalla Fachverlag)

## Vorbemerkungen

Das Grundgesetz enthält für die Bundeswehr u. a. folgende Regelungen:

1. Zur Entscheidung in Disziplinar- und in Beschwerdeverfahren können Bundesgerichte errichtet werden (Art. 96 Abs. 4). Die Strafergerichtsbarkeit über die Streitkräfte im Verteidigungsfall sowie über Angehörige der Streitkräfte, die in das Ausland entsandt oder an Bord von Kriegsschiffen eingeschifft sind, kann von Wehrdienstgerichten ausgeübt werden, die als Bundesgerichte errichtet werden (Art. 96 Abs. 2).
2. Der Bundespräsident ernennt und entlässt die Offiziere und Unteroffiziere, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist (Art. 60 Abs. 1), und übt im Einzelfall für den Bund das Begnadigungsrecht aus (Art. 60 Abs. 2).

Der Bundesminister der Verteidigung hat die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte (Art. 65a), die mit Verkündung des Verteidigungsfalles auf den Bundeskanzler übergeht (Art. 115b).

Der Bundestag bestellt einen Ausschuss für Verteidigung (Art. 45a Abs. 1), der auch die Rechte eines Untersuchungsausschusses hat (Art. 45a Abs. 2). Zum Schutze der Grundrechte der Soldaten und zur Unterstützung des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wird ein Wehrbe-

auftragter berufen (Art. 45b); das Nähere regeln das Gesetz über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages (→ **A 20**) sowie der Erlass „Truppe und Wehrbeauftragter“ (→ **A 21**).

3. Die Grundrechte (Art. 1 bis 19) binden auch die Bundeswehr als unmittelbar geltendes Recht (Art. 1 Abs. 3). In Art. 1 Abs. 1 bekennt sich das Grundgesetz zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen und zu dessen unverletzlichen und unveräußerlichen Rechten. Die Pflicht zum Dienst in den Streitkräften findet in Art. 12a Abs. 1 ihre Grundlage. Das Recht der Kriegsdienstverweigerung ist in Art. 4 Abs. 3 verbürgt. Die Religionsgemeinschaften sind nach Art. 140 in Verbindung mit Art. 141 der Weimarer Verfassung, die insoweit Bestandteil des Grundgesetzes ist, zur Vornahme religiöser Handlungen in der Bundeswehr unter Ausschluss jeden Zwanges zugelassen. Bestimmte Grundrechte können nach Art. 17a in Gesetzen über Wehrdienst und Ersatzdienst eingeschränkt werden.

Die Behandlung der nach Art. 17 an den Bundestag gerichteten Bitten und Beschwerden obliegt dem Petitionsausschuss des Bundestages (Art. 45c Abs. 1). Das Nähere regelt das Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages.

### **Präambel**

**Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.**

**Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.**

## I. Grundrechte

### Vorbemerkungen (→ ZDv A-2600/1, Anlg. 7.2):

1. Soldatinnen und Soldaten haben **Grundrechte** (Art. 1–19 GG). Sie besitzen das aktive und passive Wahlrecht (Art. 38 GG).
2. Folgende Grundrechte sind für die Soldatinnen und Soldaten eingeschränkt:
  - a) das **Recht auf Freizügigkeit** (Art. 11 Abs. 1 GG) durch die Pflicht, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen (§ 18 SG <sup>1</sup>);
  - b) das **Petitionsrecht** (Art. 17 GG) insoweit, als es das Recht gewährt, Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen (§ 1 Abs. 4 WBO <sup>2</sup>);
  - c) die Freiheit der **Meinungsäußerung** (Art. 5 Abs. 1, 1. Halbsatz GG) durch die Pflicht zum treuen Dienen (§ 7 SG) und zum Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung (§ 8 SG), zur Zurückhaltung bei Äußerungen als Vorgesetzter (§ 10 Abs. 6 SG), zur **Kameradschaft** (§ 12 SG), zur **Verschwiegenheit** (§ 14 SG), durch die Pflichten bei **politischer Betätigung** (§ 15 Abs. 1, 2 und 4 SG); durch die Pflicht zur **Disziplin** und zu achtungswürdigem Verhalten (§ 17 Abs. 1 und 2 SG) und durch die Pflicht, als Offizier und Unteroffizier sich auch nach dem Ausscheiden aus dem Wehrdienst nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu betätigen (§§ 17 Abs. 3, 23 Abs. 2, Nr. 2 SG);
  - d) die **Versammlungsfreiheit** (Art. 8 GG) durch die Pflicht zum Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung (§ 8 SG), durch die Pflichten bei politischer Betätigung (§ 15 Abs. 1 und 2 SG), durch die Pflicht zur Disziplin und zu achtungswürdigem Verhalten als Soldat (§ 17 Abs. 1 und 2 SG), und im übrigen auch durch die Pflicht zum treuen Dienen (§ 7 SG);
  - e) das Recht auf **körperliche Unversehrtheit** (Art. 2 Abs. 2, Satz 1 GG) durch die Pflicht zur Duldung von Maßnahmen zur Gesunderhaltung (§ 17 Abs. 4 SG);

<sup>1</sup> → C 01

<sup>2</sup> → C 30

- f) die **Freiheit der Person** (Art. 2 Abs. 2, Satz 2 GG), insofern Freiheitsentzug gemäß Wehrdisziplinarordnung (WDO <sup>1</sup>) und Wehrstrafgesetz (WStG <sup>2</sup>) hinzunehmen ist.
3. Folgende **Grundrechte** werden durch das Soldatengesetz ausdrücklich bestätigt:
- a) das Recht auf **Gleichberechtigung und Gleichbehandlung** (Art. 3 GG) sowie die staatsbürgerliche Gleichheit (Art. 33 GG) durch § 3 und § 6 SG,
- b) der Anspruch auf ungestörte Religionsausübung (Art. 4 GG) durch § 36 SG.

### **Artikel 1 (Schutz der Menschenwürde)**

**(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt <sup>3</sup>.**

**(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.**

**(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.**

### **Artikel 2 (Allgemeines Persönlichkeitsrecht)**

**(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.**

**(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.**

### **Artikel 3 (Gleichheit vor dem Gesetz)**

**(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.**

**(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.**

---

<sup>1</sup> → C 10

<sup>2</sup> → C 20

<sup>3</sup> Zur entwürdigenden Behandlung Untergebener → BVerwG in NZWehr 91, 254 (Befehl, Regenwürmer „zu Ausbildungszwecken“ zu essen) und § 31 WStG (C 20)

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

#### Artikel 4 (Glaubens- und Bekenntnisfreiheit)

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet <sup>1</sup>.

(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

#### Artikel 5 (Recht der freien Meinungsäußerung)

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze <sup>2</sup>, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre <sup>3</sup>.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

#### Artikel 6 (Ehe, Familie, uneheliche Kinder)

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

<sup>1</sup> → § 36 SG (C 01)

<sup>2</sup> z. B. → §§ 10 Abs. 6; 14; 15 SG (C 01); Art. 17a GG

<sup>3</sup> Zu den Grenzen der Meinungsäußerungsfreiheit von Soldaten und zur disziplinarischen Ahndung einer Überschreitung dieser Grenzen → BVerfG in NZWehrr 92, 205 und BVerwG in NZWehrr 93, 206 (Einverständnis mit Aussage: „Alle Soldaten sind potentielle Mörder“), in NZWehrr 94, 249 (Abgrenzung zur unzulässigen Schmähkritik), und Urteil vom 9. Januar 2007 (2 WD 20.05) sowie vom 24. April 2007 (2 WD 9.06).

Zu den Grenzen der Meinungsäußerung gegenüber Soldaten → Fußnote 2 zu § 185 StGB (C 25b).

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

### **Artikel 7 (Schulwesen)**

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

### **Artikel 8 (Versammlungsfreiheit)**

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

### **Artikel 9 (Vereinigungsfreiheit)**

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

### **Artikel 10 (Brief- und Postgeheimnis)**

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich <sup>1</sup>.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, dass sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und dass an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

### **Artikel 11 (Freizügigkeit)**

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in

<sup>1</sup> → §§ 202, 206 StGB (C 25b)

denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

### **Artikel 12 (Freiheit der Berufswahl)**

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

### **Artikel 12a (Wehrdienst- und andere Dienstverpflichtungen)**

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.

(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muss, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig.

Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.

(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.

(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.

(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

## Artikel 13 (Unverletzlichkeit der Wohnung)

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.

(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden <sup>1</sup>.

(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, dass jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat

<sup>1</sup> → § 20 WDO (C 10); § 102 ff. StPO (C 27)

begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.

(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.

(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.

(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im Übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

## **Artikel 14 (Eigentum, Erbrecht und Enteignung)**

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

### **Artikel 15 (Sozialisierung)**

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Art. 14 Absatz 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

### **Artikel 16 (Ausbürgerung, Auslieferung)**

(1) Die Deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

...

### **Artikel 17 (Petitionsrecht)**

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

#### **Anmerkung:**

Das jedermann zustehende Petitionsrecht wird für Soldaten durch Art. 45b GG ergänzt → **A 20** und **A 21**. Zum Petitionsausschuss → Art. 45c GG.

Zu den Grenzen des Petitionsrechts → BVerwG in NZWehrr 94, 249.

**Artikel 17a (Suspension von Grundrechten)**

(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, dass für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.

(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, dass die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

**Literatur-Hinweis:**

Mutschler in NZWehrr 98, 1.

**Artikel 18 (Verwirkung von Grundrechten)**

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Absatz 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Absatz 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

**Artikel 19 (Einschränkung von Grundrechten)**

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muss das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muss das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

(2) In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

## II. Der Bund und die Länder

### Artikel 20 (Demokratische, rechtsstaatliche Verfassung)

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

### Artikel 20a (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen)

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

### Artikel 21 (Parteien)

(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

(3) Das Nähere regeln Bundesgesetze.

**Artikel 22 (Hauptstadt, Bundesflagge)**

(1) Die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland ist Berlin. Die Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt ist Aufgabe des Bundes. Das Nähere wird durch Bundesgesetz geregelt.

(2) Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold.

...

**Artikel 24 (Anschluss an kollektives Sicherheitssystem)**

(1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen.

(1a) Soweit die Länder für die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung Hoheitsrechte auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen übertragen.

(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.

(3) Zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten wird der Bund Vereinbarungen über eine allgemeine, umfassende, obligatorische, internationale Schiedsgerichtsbarkeit Beitreten.

**Anmerkung:**

1. Grundlegende Entscheidung zum Einsatz der Bw → BVerfG in NZWehrr 94, 202 m. Anm. Dau in NZWehrr 94, 177 und Trx 94, 378.

2. Zur Verpflichtung des Soldaten zum treuen Dienen auch bei sog. „out of area“-Einsätzen → BVerwG in NZWehrr 97, 117:

Es ist dem Soldaten verwehrt, Gegenstand und Umfang seiner Verpflichtung zum treuen Dienen im Rahmen der Erfüllung des verfassungsmäßigen Auftrages der Bundeswehr nach seiner persönlichen Vorstellung einschränkend zu interpretieren; anderenfalls verstößt er in schwerwiegender Weise gegen die soldatische Kernpflicht.

**Artikel 25 (Völkerrecht Bestandteil des Bundesrechts)**

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

**Artikel 26 (Verbot des Angriffskriegs)**

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen <sup>1</sup>.

(2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

...

**Artikel 33 (Staatsbürgerliche Gleichstellung der Deutschen)**

(1) Jeder Deutsche hat in jedem Lande die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

(2) Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte <sup>2</sup>.

(3) Der Genuss bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sowie die im öffentlichen Dienste erworbenen Rechte sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen.

(4) Die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse ist als ständige Aufgabe in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen.

(5) Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln und fortzuentwickeln.

**Artikel 34 (Amtshaftung bei Amtspflichtverletzungen) <sup>3</sup>**

Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober

<sup>1</sup> → §§ 80 und 80a StGB (C 25b)

<sup>2</sup> → § 3 SG (C 01)

<sup>3</sup> → § 24 SG (C 01)

Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten. Für den Anspruch auf Schadenersatz und für den Rückgriff darf der ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.

### **Artikel 35 (Rechts- und Amtshilfe)**

(1) Alle Behörden des Bundes und der Länder leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe.

(2) Zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung kann ein Land in Fällen von besonderer Bedeutung Kräfte und Einrichtungen des Bundesgrenzschutzes zur Unterstützung seiner Polizei anfordern, wenn die Polizei ohne diese Unterstützung eine Aufgabe nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten erfüllen könnte. Zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder, Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen sowie des Bundesgrenzschutzes und der Streitkräfte anfordern.

(3) Gefährdet die Naturkatastrophe oder der Unglücksfall das Gebiet mehr als eines Landes, so kann die Bundesregierung, soweit es zur wirksamen Bekämpfung erforderlich ist, den Landesregierungen die Weisung erteilen, Polizeikräfte anderen Ländern zur Verfügung zu stellen, sowie Einheiten des Bundesgrenzschutzes und der Streitkräfte zur Unterstützung der Polizeikräfte einsetzen. Maßnahmen der Bundesregierung nach Satz 1 sind jederzeit auf Verlangen des Bundesrates, im Übrigen unverzüglich nach Beseitigung der Gefahr aufzuheben.

...

## **III. Der Bundestag**

...

### **Artikel 44 (Untersuchungsausschüsse)**

(1) Der Bundestag hat das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der in öffentlicher Verhandlung die erforderlichen Beweise erhebt. Die Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden.

(2) Auf Beweiserhebungen finden die Vorschriften über Strafprozess sinngemäß Anwendung. Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis bleibt unberührt.

(3) Gerichte und Verwaltungsbehörden sind zur Rechts- und Amtshilfe verpflichtet.

(4) Die Beschlüsse der Untersuchungsausschüsse sind der richterlichen Erörterung entzogen. In der Würdigung und Beurteilung des der Untersuchung zugrunde liegenden Sachverhaltes sind die Gerichte frei.

...

### **Artikel 45a (Ausschüsse für Auswärtiges und Verteidigung)**

(1) Der Bundestag bestellt einen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und einen Ausschuss für Verteidigung.

(2) Der Ausschuss für Verteidigung hat auch die Rechte eines Untersuchungsausschusses. Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder hat er die Pflicht, eine Angelegenheit zum Gegenstand seiner Untersuchung zu machen.

(3) Artikel 44 Absatz 1 findet auf dem Gebiet der Verteidigung keine Anwendung.

### **Artikel 45b (Wehrbeauftragter des Bundestages)**

Zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wird ein Wehrbeauftragter des Bundestages berufen. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz <sup>1</sup>.

### **Artikel 45c**

(1) Der Bundestag bestellt einen Petitionsausschuss, dem die Behandlung der nach Artikel 17 an den Bundestag gerichteten Bitten und Beschwerden obliegt.

(2) Die Befugnisse des Ausschusses zur Überprüfung von Beschwerden regelt ein Bundesgesetz <sup>2</sup>.

...

## **V. Der Bundespräsident**

...

### **Artikel 60 (Ernennung der Bundesbeamten)**

(1) Der Bundespräsident ernennt und entlässt die Bundesrichter, die Bundesbeamten, die Offiziere und Unteroffiziere, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

<sup>1</sup> Gesetz über den Wehrbeauftragten des Bundestages → A 20, Zentralerlass B-2600/2 „Bearbeitung von Wehrbeauftragtenangelegenheiten“ → A 21

<sup>2</sup> Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses

(2) Er übt im Einzelfalle für den Bund das Begnadigungsrecht aus<sup>1</sup>.

(3) Er kann diese Befugnisse auf andere Behörden übertragen.

(4) Die Absätze 2 bis 4 des Artikels 46 finden auf den Bundespräsidenten entsprechende Anwendung.

...

## **VI. Die Bundesregierung**

...

### **Artikel 65 (Verteilung der Verantwortung)**

Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung.

...

### **Artikel 65a (Befehls- und Kommandogewalt)**

Der Bundesminister für Verteidigung hat die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte.

...

## **VII. Die Gesetzgebung des Bundes**

...

### **Artikel 73 (Sachgebiete der ausschließlichen Gesetzgebung)**

(1) Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über:

1. die auswärtigen Angelegenheiten sowie die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung;

...

### **Artikel 79 (Änderung des Grundgesetzes)**

(1) Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder

---

<sup>1</sup> → § 5 SG (C 01) und § 19 WDO (C 10); Einzelheiten zum Disziplinar-Gnadenverfahren → C 19

ergänzt. Bei völkerrechtlichen Verträgen, die eine Friedensregelung, die Vorbereitung einer Friedensregelung oder den Abbau einer besatzungsrechtlichen Ordnung zum Gegenstand haben oder der Verteidigung der Bundesrepublik zu dienen bestimmt sind, genügt zur Klarstellung, daß die Bestimmungen des Grundgesetzes dem Abschluß und dem Inkrafttreten der Verträge nicht entgegenstehen, eine Ergänzung des Wortlautes des Grundgesetzes, die sich auf diese Klarstellung beschränkt.

(2) Ein solches Gesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates.

(3) Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.

...

### Artikel 80a (Spannungsfall)

(1) Ist in diesem Grundgesetz oder in einem Bundesgesetz über die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung bestimmt, dass Rechtsvorschriften nur nach Maßgabe dieses Artikels angewandt werden dürfen, so ist die Anwendung außer im Verteidigungsfalle nur zulässig, wenn der Bundestag den Eintritt des Spannungsfalles festgestellt oder wenn er der Anwendung besonders zugestimmt hat. Die Feststellung des Spannungsfalles und die besondere Zustimmung in den Fällen des Artikels 12a Abs. 5 Satz 1 und Abs. 6 Satz 2 bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

(2) Maßnahmen auf Grund von Rechtsvorschriften nach Absatz 1 sind aufzuheben, wenn der Bundestag es verlangt.

(3) Abweichend von Absatz 1 ist die Anwendung solcher Rechtsvorschriften auch auf der Grundlage und nach Maßgabe eines Beschlusses zulässig, der von einem internationalen Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages mit Zustimmung der Bundesregierung gefasst wird. Maßnahmen nach diesem Absatz sind aufzuheben, wenn der Bundestag es mit der Mehrheit seiner Mitglieder verlangt.

...

**VIII. Ausführung der Bundesgesetze  
und die Bundesverwaltung**

...

**Artikel 87a (Aufstellung und Stärke der Streitkräfte)**

(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundlage ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.

(2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.

(3) Die Streitkräfte haben im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle die Befugnis, zivile Objekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen, soweit dies zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Außerdem kann den Streitkräften im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle der Schutz ziviler Objekte auch zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden; die Streitkräfte wirken dabei mit den zuständigen Behörden zusammen.

(4) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung, wenn die Voraussetzungen des Artikels 91 Abs. 2 vorliegen und die Polizeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen. Der Einsatz von Streitkräften ist einzustellen, wenn der Bundestag oder der Bundesrat es verlangen.

**Artikel 87b (Bundeswehrverwaltung)**

(1) Die Bundeswehrverwaltung wird in bundeseigener Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau geführt. Sie dient den Aufgaben des Personalwesens und der unmittelbaren Deckung des Sachbedarfs der Streitkräfte. Aufgaben der Beschädigtenversorgung und des Bauwesens können der Bundeswehrverwaltung nur durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, übertragen werden. Der Zustimmung des Bundesrates bedürfen ferner Gesetze, soweit sie die Bundeswehrverwaltung zu Eingriffen in Rechte Dritter ermächtigen; das gilt nicht für Gesetze auf dem Gebiete des Personalwesens.

(2) Im Übrigen können Bundesgesetze, die der Verteidigung einschließlich des Wehersatzwesens und des Schutzes der Zivilbevöl-

kerung dienen, mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen, dass sie ganz oder teilweise in bundeseigener Verwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau oder von den Ländern im Auftrage des Bundes ausgeführt werden. Werden solche Gesetze von den Ländern im Auftrage des Bundes ausgeführt, so können sie mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen, dass die der Bundesregierung und den zuständigen obersten Bundesbehörden auf Grund des Artikels 85 zustehenden Befugnisse ganz oder teilweise Bundesoberbehörden übertragen werden; dabei kann bestimmt werden, dass diese Behörden beim Erlass allgemeiner Verwaltungsvorschriften gemäß Artikel 85 Absatz 2 Satz 1 nicht der Zustimmung des Bundesrates bedürfen.

...

#### **Artikel 91 (Abwehr von Gefahren für Bundesbestand)**

(1) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder sowie Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen und des Bundesgrenzschutzes anfordern.

(2) Ist das Land, in dem die Gefahr droht, nicht selbst zur Bekämpfung der Gefahr bereit oder in der Lage, so kann die Bundesregierung die Polizei in diesem Lande und die Polizeikräfte anderer Länder ihren Weisungen unterstellen sowie Einheiten des Bundesgrenzschutzes einsetzen. Die Anordnung ist nach Beseitigung der Gefahr, im Übrigen jederzeit auf Verlangen des Bundesrates aufzuheben. Erstreckt sich die Gefahr auf das Gebiet mehr als eines Landes, so kann die Bundesregierung, soweit es zur wirksamen Bekämpfung erforderlich ist, den Landesregierungen Weisungen erteilen; Satz 1 und Satz 2 bleiben unberührt.

...

### **IX. Die Rechtsprechung**

#### **Artikel 92 (Gerichtsorganisation)**

Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut; sie wird durch das Bundesverfassungsgericht, durch die in diesem Grundgesetz vorgesehenen Bundesgerichte und durch die Gerichte der Länder ausgeübt.

#### **Artikel 93 (Bundesverfassungsgericht, Zuständigkeit)**

(1) Das Bundesverfassungsgericht entscheidet:

1. über die Auslegung dieses Grundgesetzes aus Anlass von Streitigkeiten über den Umfang der Rechte und Pflichten eines

obersten Bundesorgans oder anderer Beteiligter, die durch dieses Grundgesetz oder in der Geschäftsordnung eines obersten Bundesorgans mit eigenen Rechten ausgestattet sind;

2. bei Meinungsverschiedenheiten oder Zweifeln über die förmliche und sachliche Vereinbarkeit von Bundesrecht oder Landesrecht mit diesem Grundgesetz oder die Vereinbarkeit von Landesrecht mit sonstigem Bundesrechte auf Antrag der Bundesregierung, einer Landesregierung oder eines Viertels der Mitglieder des Bundestages;

...

- 4a. über Verfassungsbeschwerden, die von jedermann mit der Behauptung erhoben werden können, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte oder in einem seiner in Artikel 20 Abs. 4, 33, 38, 101, 103 und 104 enthaltenen Rechte verletzt zu sein;

...

(2) Das Bundesverfassungsgericht wird ferner in den ihm sonst durch Bundesgesetz zugewiesenen Fällen tätig.

### **Artikel 94 (Bundesverfassungsgericht, Mitglieder)**

(1) Das Bundesverfassungsgericht besteht aus Bundesrichtern und anderen Mitgliedern. Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes werden je zur Hälfte vom Bundestage und vom Bundesrate gewählt. Sie dürfen weder dem Bundestage, dem Bundesrate, der Bundesregierung noch entsprechenden Organen eines Landes angehören.

(2) Ein Bundesgesetz regelt seine Verfassung und das Verfahren und bestimmt, in welchen Fällen seine Entscheidungen Gesetzeskraft haben. Es kann für Verfassungsbeschwerden die vorherige Erschöpfung des Rechtsweges zur Voraussetzung machen und ein besonderes Annahmeverfahren vorsehen.

### **Artikel 95 (Oberste Gerichtshöfe)**

(1) Für die Gebiete der ordentlichen, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und der Sozialgerichtsbarkeit errichtet der Bund als oberste Gerichtshöfe den Bundesgerichtshof, das Bundesverwaltungsgericht, den Bundesfinanzhof, das Bundesarbeitsgericht und das Bundessozialgericht.

(2) Über die Berufung der Richter dieser Gerichte entscheidet der für das jeweilige Sachgebiet zuständige Bundesminister gemeinsam mit einem Richterwahlausschuss, der aus den für das jeweilige

Sachgebiet zuständigen Ministern der Länder und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern besteht, die vom Bundestage gewählt werden.

(3) Zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung ist ein Gemeinsamer Senat der in Absatz 1 genannten Gerichte zu bilden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

### **Artikel 96 (Bundesgerichte)**

(1) Der Bund kann für Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes ein Bundesgericht errichten.

(2) Der Bund kann Wehrstrafgerichte für die Streitkräfte als Bundesgerichte errichten. Sie können die Strafgerichtsbarkeit nur im Verteidigungsfalle sowie über Angehörige der Streitkräfte ausüben, die in das Ausland entsandt oder an Bord von Kriegsschiffen eingeschifft sind. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz. Diese Gerichte gehören zum Geschäftsbereich des Bundesjustizministers. Ihre hauptamtlichen Richter müssen die Befähigung zum Richteramt haben.

(3) Oberster Gerichtshof für die in Absatz 1 und 2 genannten Gerichte ist der Bundesgerichtshof.

(4) Der Bund kann für Personen, die zu ihm in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen, Bundesgerichte zur Entscheidung in Disziplinarverfahren und Beschwerdeverfahren errichten.

(5) Für Strafverfahren auf den folgenden Gebieten kann ein Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates vorsehen, dass Gerichte der Länder Gerichtsbarkeit des Bundes ausüben:

1. Völkermord;
2. völkerstrafrechtliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit;
3. Kriegsverbrechen;
4. andere Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören (Artikel 26 Abs. 1);
5. Staatsschutz.

#### **Anmerkung:**

1. Zu Absatz 2: Ein entsprechendes Gesetz über die Errichtung von Wehrstrafgerichten ist bislang nicht erlassen worden.
2. Zu Absatz 4 → § 68 ff. WDO (C 10) und §§ 17, 21 WBO (C 30)
3. Zu Absatz 5 → VStGB (C 22)

...

**Artikel 101 (Ausnahmegerichte)**

(1) Ausnahmegerichte sind unzulässig. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

(2) Gerichte für besondere Sachgebiete können nur durch Gesetz errichtet werden.

**Artikel 102 (Abschaffung der Todesstrafe)**

Die Todesstrafe ist abgeschafft.

**Artikel 103 (Grundrechte des Angeklagten)**

(1) Vor Gericht hat jedermann Anspruch auf rechtliches Gehör.

(2) Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.

(3) Niemand darf wegen derselben Tat auf Grund der allgemeinen Strafgesetze mehrmals bestraft werden.

**Artikel 104 (Rechtsgarantien bei Freiheitsentziehung)**

(1) Die Freiheit der Person kann nur auf Grund eines förmlichen Gesetzes und unter Beachtung der darin vorgeschriebenen Formen beschränkt werden. Festgehaltene Personen dürfen weder seelisch noch körperlich misshandelt werden.

(2) Über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung hat nur der Richter zu entscheiden. Bei jeder nicht auf richterlicher Anordnung beruhenden Freiheitsentziehung ist unverzüglich eine richterliche Entscheidung herbeizuführen. Die Polizei darf aus eigener Machtvollkommenheit niemanden länger als bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen in eigenem Gewahrsam halten. Das Nähere ist gesetzlich zu regeln <sup>1</sup>.

(3) Jeder wegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung vorläufig Festgenommene ist spätestens am Tage nach der Festnahme dem Richter vorzuführen, der ihm die Gründe der Festnahme mitzuteilen, ihn zu vernehmen und ihm Gelegenheit zu Einwendungen zu geben hat. Der Richter hat unverzüglich entweder einen mit

---

<sup>1</sup> z. B. Mitwirkung des Richters bei der Verhängung von Disziplinararrest  
→ § 40 WDO (C 10)

Gründen versehenen schriftlichen Haftbefehl zu erlassen oder die Freilassung anzuordnen <sup>1</sup>.

(4) Von jeder richterlichen Entscheidung über die Anordnung oder Fortdauer einer Freiheitsentziehung ist unverzüglich ein Angehöriger des Festgehaltenen oder eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen.

...

## Xa. Verteidigungsfall

### Artikel 115a (Feststellung des Verteidigungsfalles)

(1) Die Feststellung, dass das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht (Verteidigungsfall), trifft der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates. Die Feststellung erfolgt auf Antrag der Bundesregierung und bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, mindestens der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages.

(2) Erfordert die Lage unabweisbar ein sofortiges Handeln und stehen einem rechtzeitigen Zusammentritt des Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegen oder ist er nicht beschlussfähig, so trifft der Gemeinsame Ausschuss diese Feststellung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, mindestens der Mehrheit seiner Mitglieder.

(3) Die Feststellung wird vom Bundespräsidenten gemäß Artikel 82 im Bundesgesetzblatt verkündet. Ist dies nicht rechtzeitig möglich, so erfolgt die Verkündung in anderer Weise; sie ist im Bundesgesetzblatt nachzuholen, sobald die Umstände es zulassen.

(4) Wird das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen und sind die zuständigen Bundesorgane außerstande, sofort die Feststellung nach Absatz 1 Satz 1 zu treffen, so gilt diese Feststellung als getroffen und als zu dem Zeitpunkt verkündet, in dem der Angriff begonnen hat. Der Bundespräsident gibt diesen Zeitpunkt bekannt, sobald die Umstände es zulassen.

(5) Ist die Feststellung des Verteidigungsfalles verkündet und wird das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen, so kann der Bundespräsident völkerrechtliche Erklärungen über das Bestehen des Verteidigungsfalles mit Zustimmung des Bundestages abgeben. Unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 tritt an die Stelle des Bundestages der Gemeinsame Ausschuss.

<sup>1</sup> → § 128 StPO (C 27)

**Artikel 115b (Übergang der Befehls- und  
Kommandogewalt)**

**Mit der Verkündung des Verteidigungsfalles geht die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte auf den Bundeskanzler über.**

...

**Gesetz über den Wehrbeauftragten  
des Deutschen Bundestages**  
(Gesetz zu Artikel 45b des Grundgesetzes –  
WBeauftrG)

**Vom 16. Juni 1982 (BGBl. I S. 677)**

Zuletzt geändert durch  
Gesetz vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160)

- **Auszug** -

**Literatur-Hinweis:**

Busch, Der Wehrbeauftragte, Heidelberg, 5. Aufl. 1999 (Hüthig-Verlag)

**Vorbemerkung:**

Durch Artikel 45b Grundgesetz ist der Wehrbeauftragte als Hilfsorgan des Deutschen Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle über die Bundeswehr eingerichtet worden.

Mit dem Eingaberecht an den Wehrbeauftragten bzw. die Wehrbeauftragte wird dem Soldaten eine zusätzliche parlamentarische Petitionsinstanz eröffnet. Das Eingaberecht lässt die sonstigen Rechtsschutzmöglichkeiten des Soldaten, insbesondere das Petitionsrecht an den Deutschen Bundestag und die förmliche Beschwerde nach der WBO unberührt. Bei der Bearbeitung von Wehrbeauftragten-Angelegenheiten ist der Zentralerlass B-2600/2 „Bearbeitung von Wehrbeauftragtenangelegenheiten“ (→ **A 21**) zu beachten.

**§ 1 Verfassungsrechtliche Stellung; Aufgaben**

**(1) Der Wehrbeauftragte nimmt seine Aufgaben als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wahr.**

**(2) Der Wehrbeauftragte wird auf Weisung des Bundestages oder des Verteidigungsausschusses zur Prüfung bestimmter Vorgänge tätig. Eine Weisung kann nur erteilt werden, wenn der Verteidigungsausschuss den Vorgang nicht zum Gegenstand seiner eigenen Beratung macht. Der Wehrbeauftragte kann bei dem Verteidigungsausschuss um eine Weisung zur Prüfung bestimmter Vorgänge nachsuchen.**

**(3) Der Wehrbeauftragte wird nach pflichtgemäßem Ermessen auf Grund eigener Entscheidung tätig, wenn ihm bei Wahrnehmung seines Rechts aus § 3 Nr. 4, durch Mitteilung von Mitgliedern des Bundestages, durch Eingaben nach § 7 oder auf andere Weise Umstände bekannt werden, die auf eine Verletzung der Grundrechte der Soldaten oder der Grundsätze der Inneren Führung schließen lassen. Ein Tätigwerden des Wehrbeauftragten nach Satz 1 unterbleibt, soweit der Verteidigungsausschuss den Vorgang zum Gegenstand seiner eigenen Beratung gemacht hat.**

**Anmerkung:**

Der Wehrbeauftragte wird auf Weisung des Bundestages oder des Verteidigungsausschusses in bestimmten Fällen

oder

auf Grund eigener Entscheidung tätig.

Der Wehrbeauftragte wird ausschließlich tätig zum Schutz der Grundrechte und der Grundsätze der Inneren Führung. Sein Tätigwerden kann veranlasst werden durch

- Erkenntnisse bei Truppenbesuchen,
- Eingaben von Soldaten,
- Mitteilungen von Bundestagsabgeordneten oder
- andere Hinweise (z. B. Presseartikel).

**§ 2 Berichtspflichten**

**(1) Der Wehrbeauftragte erstattet für das Kalenderjahr dem Bundestag einen schriftlichen Gesamtbericht (Jahresbericht).**

**(2) Er kann jederzeit dem Bundestag oder dem Verteidigungsausschuss Einzelberichte vorlegen.**

**(3) Wird der Wehrbeauftragte auf Weisung tätig, so hat er über das Ergebnis seiner Prüfung auf Verlangen einen Einzelbericht zu erstatten.**

**§ 3 Amtsbefugnisse**

**Der Wehrbeauftragte hat in Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben die folgenden Befugnisse:**

- 1. Er kann vom Bundesminister der Verteidigung und allen diesem unterstellten Dienststellen und Personen Auskunft und Akteneinsicht verlangen. Diese Rechte können ihm nur verweigert werden, soweit zwingende Geheimhaltungsgründe entgegen-**

stehen. Die Entscheidung über die Verweigerung trifft der Bundesminister der Verteidigung selber oder sein ständiger Stellvertreter im Amt; er hat sie vor dem Verteidigungsausschuss zu vertreten. Auf Grund einer Weisung nach § 1 Abs. 2 und bei einer Eingabe, der eine Beschwer des Einsenders zugrunde liegt, ist der Wehrbeauftragte berechtigt, den Einsender sowie Zeugen und Sachverständige anzuhören. Diese erhalten eine Entschädigung oder Vergütung nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz.

2. Er kann den zuständigen Stellen Gelegenheit zur Regelung einer Angelegenheit geben.
3. Er kann einen Vorgang der für die Einleitung des Straf- oder Disziplinarverfahrens zuständigen Stelle zuleiten.
4. Er kann jederzeit alle Truppenteile, Stäbe, Dienststellen und Behörden der Bundeswehr und ihre Einrichtungen auch ohne vorherige Anmeldung besuchen. Dieses Recht steht dem Wehrbeauftragten ausschließlich persönlich zu. Die Sätze 2 und 3 aus Nummer 1 finden entsprechende Anwendung.
5. Er kann vom Bundesminister der Verteidigung zusammenfassende Berichte über die Ausübung der Disziplinarbefugnis in den Streitkräften und von den zuständigen Bundes- und Landesbehörden statistische Berichte über die Ausübung der Strafrechtspflege anfordern, soweit dadurch die Streitkräfte oder ihre Soldaten berührt werden.
6. Er kann in Strafverfahren und gerichtlichen Disziplinarverfahren den Verhandlungen der Gerichte beiwohnen, auch soweit die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Er hat im gleichen Umfang wie der Anklagevertreter und der Vertreter der Einleitungsbehörde das Recht, die Akten einzusehen. Die Befugnis aus Satz 1 steht ihm auch in Antrags- und Beschwerdeverfahren nach der Wehrdisziplinarordnung und der Wehrbeschwerdeordnung vor den Wehrdienstgerichten sowie in Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die mit seinem Aufgabenbereich zusammenhängen, zu; in diesen Verfahren hat er das Recht zur Akteneinsicht wie ein Verfahrensbeteiligter.

#### **Anmerkung:**

§ 3 legt die Amtsbefugnisse des Wehrbeauftragten im Einzelnen fest. Er kann in der Sache selbst nicht unmittelbar abhelfen und weder ein Straf- noch ein Disziplinarverfahren einleiten. Er kann nur Anregungen an die zuständigen Stellen geben.

Einzelheiten → A 21, Nr. 2.2

**§ 4 Amtshilfe**

Gerichte und Verwaltungsbehörden des Bundes, der Länder und der Gemeinden sind verpflichtet, dem Wehrbeauftragten bei der Durchführung der erforderlichen Erhebungen Amtshilfe zu leisten.

**§ 5 Allgemeine Richtlinien; Weisungsfreiheit**

(1) Der Bundestag und der Verteidigungsausschuss können allgemeine Richtlinien für die Arbeit des Wehrbeauftragten erlassen.

(2) Der Wehrbeauftragte ist – unbeschadet des § 1 Abs. 2 – von Weisungen frei.

**§ 6 Anwesenheitspflicht**

Der Bundestag und der Verteidigungsausschuss können jederzeit die Anwesenheit des Wehrbeauftragten verlangen.

**§ 7 Eingaberecht des Soldaten**

Jeder Soldat hat das Recht, sich einzeln ohne Einhaltung des Dienstweges unmittelbar an den Wehrbeauftragten zu wenden. Wegen der Tatsache der Anrufung des Wehrbeauftragten darf er nicht dienstlich gemafregelt oder benachteiligt werden.

**Anmerkung:**

Der Soldat kann sich

- einzeln
- ohne Einhaltung des Dienstweges
- ohne Einhaltung einer Frist
- schriftlich oder mündlich
- unter Namensnennung

an den Wehrbeauftragten wenden. Er kann alle dienstlichen und persönlichen Belange vortragen. Er muss nicht selbst betroffen sein; z. B. in der Eingabe wird die falsche Behandlung eines Kameraden gerügt oder allgemein auf Missstände in der Kompanie hingewiesen. Aus der Eingabe muss der Einsender allerdings zweifelsfrei erkennbar sein. Anonyme Eingaben werden nicht behandelt (§ 8).

Durch das Eingaberecht wird das Recht zur Beschwerde nach der Wehrbeschwerdeordnung nicht berührt. Ein Schreiben an den

Wehrbeauftragten kann im Einzelfall zugleich eine Beschwerde nach der WBO darstellen.

Wegen der Tatsache der Anrufung des Wehrbeauftragten darf der Soldat nicht dienstlich gemäßregelt oder auf andere Weise benachteiligt werden. Dies schließt jedoch nicht aus, dass der Soldat wegen des Inhalts der Eingabe, z. B. wegen beleidigender Äußerungen, disziplinar- oder strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen wird → ZDv A-2160/6, Abschnitt 1.2.19 und (entsprechend für Wehrbeschwerden C 224 (C 33g).

Die Überprüfungsergebnisse des Wehrbeauftragten sind keine rechtmittelfähigen Bescheide. Der Soldat kann gegen das Überprüfungsergebnis keine Beschwerde einlegen.

## **§ 8 Anonyme Eingaben**

**Anonyme Eingaben werden nicht bearbeitet.**

### **Anmerkung:**

In der Praxis des Wehrbeauftragten erfährt dieses gesetzliche Verbot allerdings Ausnahmen. Im Gegensatz dazu verpflichtet § 32 Abs. 1 WDO (C 10) den zuständigen Disziplinarvorgesetzten, auch anonym mitgeteilten Sachverhalten nachzugehen, wenn diese den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen.

## **§ 9 Vertraulichkeit der Eingaben**

Wird der Wehrbeauftragte auf Grund einer Eingabe tätig, so steht es in seinem Ermessen, die Tatsache der Eingabe und den Namen des Einsenders bekannt zu geben. Er soll von der Bekanntgabe absehen, wenn der Einsender es wünscht und der Erfüllung des Wunsches keine Rechtspflichten entgegenstehen.

## **§ 10 Verschwiegenheitspflicht**

(1) Der Wehrbeauftragte ist auch nach Beendigung seines Amtsverhältnisses verpflichtet, über die ihm amtlich bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr oder über Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.

(2) Der Wehrbeauftragte darf, auch wenn er nicht mehr im Amt ist, über solche Angelegenheiten ohne Genehmigung weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Die Genehmigung erteilt der Präsident des Bundestages im Einvernehmen mit dem Verteidigungsausschuss.

(3) Die Genehmigung, als Zeuge auszusagen, darf nur versagt werden, wenn die Aussage dem Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ernstlich gefährden oder erheblich erschweren würde.

(4) Unberührt bleibt die gesetzlich begründete Pflicht, Straftaten anzuzeigen und bei Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung für deren Erhaltung einzutreten.

§ 11 (weggefallen)

## § 12 Unterrichtungspflichten durch Bundes- und Länderbehörden

Die Justiz- und Verwaltungsbehörden des Bundes und der Länder sind verpflichtet, den Wehrbeauftragten über die Einleitung des Verfahrens, die Erhebung der öffentlichen Klage, die Anordnung der Untersuchung im Disziplinarverfahren und den Ausgang des Verfahrens zu unterrichten, wenn einer dieser Behörden die Vorgänge vom Wehrbeauftragten zugeleitet worden sind.

...

## § 15 Rechtsstellung des Wehrbeauftragten; Beginn und Beendigung des Amtsverhältnisses

(1) Der Wehrbeauftragte steht nach Maßgabe dieses Gesetzes in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis. Der Präsident des Bundestages ernennt den Gewählten.

(2) Das Amtsverhältnis beginnt mit der Aushändigung der Urkunde über die Ernennung oder, falls der Eid vorher geleistet worden ist (§ 14 Abs. 4), mit der Vereidigung.

(3) Das Amtsverhältnis endet außer durch Ablauf der Amtszeit nach § 14 Abs. 2 oder durch den Tod

1. mit der Abberufung,
2. mit der Entlassung auf Verlangen.

(4) Der Bundestag kann auf Antrag des Verteidigungsausschusses seinen Präsidenten beauftragen, den Wehrbeauftragten abzuberaufen. Dieser Beschluss bedarf der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages.

(5) Der Wehrbeauftragte kann jederzeit seine Entlassung verlangen. Der Präsident des Bundestages spricht die Entlassung aus.

## **§ 16 Sitz des Wehrbeauftragten; Leitender Beamter; Beschäftigte; Haushalt**

(1) Der Wehrbeauftragte hat seinen Sitz beim Bundestag.

(2) Den Wehrbeauftragten unterstützt ein Leitender Beamter. Weitere Beschäftigte werden dem Wehrbeauftragten für die Erfüllung seiner Aufgaben beigegeben. Die Beamten beim Wehrbeauftragten sind Bundestagsbeamte nach § 176 des Bundesbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Januar 1977 (BGBl. I S. 1, 795, 842), zuletzt geändert durch § 27 des Gesetzes vom 26. Juni 1981 (BGBl. I S. 553). Der Wehrbeauftragte ist Vorgesetzter der ihm beigegebenen Beschäftigten.

(3) Die dem Wehrbeauftragten für die Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung zu stellende notwendige Personal- und Sachausstattung ist im Einzelplan des Bundestages in einem eigenen Kapitel auszuweisen.

**Anmerkung:**

Anschrift → **A 21**, Nr. 402

## **§ 17 Vertretung des Wehrbeauftragten**

(1) Der Leitende Beamte nimmt die Rechte des Wehrbeauftragten mit Ausnahme des Rechts nach § 3 Nr. 4 bei Verhinderung und nach Beendigung des Amtsverhältnisses des Wehrbeauftragten bis zum Beginn der Amtsverhältnisse eines Nachfolgers wahr. § 5 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

(2) Ist der Wehrbeauftragte länger als drei Monate verhindert, sein Amt auszuüben, oder sind nach Beendigung des Amtsverhältnisses des Wehrbeauftragten mehr als drei Monate verstrichen, ohne dass das Amtsverhältnis eines Nachfolgers begonnen hat, so kann der Verteidigungsausschuss den Leitenden Beamten ermächtigen, das Recht aus § 3 Nr. 4 wahrzunehmen.

## **§ 18 Amtsbezüge; Versorgung**

...

## **Wehrbeauftragtenangelegenheiten**

### **ZDv A-2600/2**

#### **1 Grundsätze**

##### **1.1 Verfassungsrechtliche Stellung der oder des Wehrbeauftragten**

Zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wird eine Wehrbeauftragte oder ein Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages berufen. Näheres bestimmt das Gesetz über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages (Gesetz zu Artikel 45b des Grundgesetzes)<sup>1</sup> in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 1982 (BGBl. I S. 677), das zuletzt durch Artikel 15 Absatz 68 Dienstrechtsneuordnungsgesetz vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160) geändert wurde.

#### **2 Aufgaben und Befugnisse der oder des Wehrbeauftragten**

##### **2.1 Aufgaben**

###### **201. Die oder der Wehrbeauftragte wird tätig**

- auf Weisung des Bundestages oder des Verteidigungsausschusses zur Prüfung bestimmter Vorgänge,
- nach pflichtgemäßem Ermessen aufgrund eigener Entscheidung, wenn ihr bzw. ihm aufgrund
  - + ihrer bzw. seiner Besuche nach § 3 Nummer 4 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages (WBeauftrG),
  - + durch Mitteilung von Mitgliedern des Bundestages,
  - + durch Eingaben gemäß § 7 WBeauftrG oder
  - + auf andere Weise

Umstände bekannt werden, die auf eine Verletzung der Grundrechte der Soldatinnen bzw. der Soldaten oder der Grundsätze der Inneren Führung schließen lassen.

---

<sup>1</sup> → **A 20**

## 2.2 Befugnisse

**202.** Die oder der Wehrbeauftragte hat in Erfüllung der ihr oder ihm übertragenen Aufgaben nachfolgende Befugnisse.

**203.** Sie oder er kann von der Bundesministerin bzw. dem Bundesminister der Verteidigung und allen dieser bzw. diesem unterstellten Dienststellen und Personen Auskunft und Akteneinsicht verlangen. Dieses Recht kann nur verweigert werden, wenn zwingende Geheimhaltungsgründe dem entgegenstehen. Die Entscheidung über die Verweigerung trifft die Bundesministerin oder der Bundesminister der Verteidigung.

**204.** Sie oder er kann auf Weisung des Deutschen Bundestages oder des Verteidigungsausschusses und bei einer Eingabe, der eine Beschwer des Einsenders zugrunde liegt, den Einsender sowie Zeugen und Sachverständige anhören.

**205.** Sie oder er hat jederzeit Besuchsrecht bei Truppenteilen, Stäben, Dienststellen und Behörden der Bundeswehr und ihren Einrichtungen, auch ohne vorherige Anmeldung. Dieses Besuchsrecht ist der oder dem Wehrbeauftragten persönlich vorbehalten. Dieses Recht steht nach Ermächtigung durch den Verteidigungsausschuss auch der Leitenden Beamtin oder dem Leitenden Beamten zu. Die Wahrnehmung dieses Rechtes kann nur verweigert werden, soweit zwingende Geheimhaltungsgründe dem entgegenstehen. Dazu ist die Entscheidung der Bundesministerin oder des Bundesministers der Verteidigung über das Bundesministerium der Verteidigung FüSK II 3 unverzüglich einzuholen.

**206.** Sie oder er kann auch nichtöffentlichen Verhandlungen der Strafgerichte oder der Verwaltungsgerichte, die mit ihrem oder seinem Aufgabenbereich zusammenhängen, und der Wehrdienstgerichte beiwohnen. In diesen Verfahren hat sie oder er das Recht zur Akteneinsicht wie ein Verfahrensbeteiligter.

**207.** Sie oder er kann den zuständigen Stellen Gelegenheit zur Regelung einer Angelegenheit geben.

**208.** Sie oder er kann einen Vorgang der Stelle zuleiten, die für die Einleitung eines Straf- oder Disziplinarverfahrens zuständig ist.

Mit Ausnahme des Besuchsrechts nach Nummer 204 können die Befugnisse auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der oder des Wehrbeauftragten wahrgenommen werden. Informationsbesuche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind vorher anzumelden.

**3 Verfahrensregelungen****3.1 Allgemein**

**301.** Wehrbeauftragtenangelegenheiten sind vordringlich zu bearbeiten. Bei längerer Dauer der Bearbeitung ist die oder der Wehrbeauftragte in angemessenen Zeitabständen über den Stand der Angelegenheit durch die Dienststelle zu unterrichten, die die Stellungnahme abzugeben hat.

Wenn im Zusammenhang mit einem Ersuchen der oder des Wehrbeauftragten um Auskunft oder Akteneinsicht sowie bei Besuchen Zweifel bestehen, ob zwingende Geheimhaltungsgründe dem Ersuchen entgegenstehen, ist unverzüglich die Entscheidung der Bundesministerin oder des Bundesministers der Verteidigung über das Bundesministerium der Verteidigung FüSK II 3 einzuholen. Die oder der Wehrbeauftragte ist hierüber zu unterrichten.

**3.2 Bearbeitung**

**302.** Für die Bearbeitung eines von der oder dem Wehrbeauftragten übersandten Ersuchens gilt Nachfolgendes.

**303.** Schreibt die oder der Wehrbeauftragte persönlich Angehörige der Bundeswehr an, antwortet diejenige bzw. derjenige, an die bzw. den das Schreiben gerichtet ist. Schreibt die oder der Wehrbeauftragte eine Dienststelle an, antwortet die Dienststellenleiterin bzw. der Dienststellenleiter. Die abschließende Stellungnahme ist grundsätzlich durch die Dienststellenleitung selbst zu zeichnen.

**304.** Erforderliche Untersuchungen führt die oder der jeweils zuständige Disziplinarvorgesetzte durch. Festgestellte Mängel sind abzustellen. Gleiches gilt, wenn eine Dienststelle der Bundeswehr durch das BMVg mit der Beantwortung eines Ersuchens der oder des Wehrbeauftragten beauftragt wurde.

**305.** Die Bearbeitung von Angelegenheiten der oder des Wehrbeauftragten innerhalb des Bundesministeriums der Verteidigung richtet sich nach den entsprechenden Regelungen der Geschäftsordnung BMVg (GO-BMVg).

**306.** Werden übergeordnete Vorgesetzte zu einer Stellungnahme aufgefordert, so veranlassen sie die Überprüfung des Sachverhaltes und übersenden das ihnen vorgelegte Untersuchungsergebnis zusammen mit der eigenen Stellungnahme an die Wehrbeauftragte oder den Wehrbeauftragten.

**307.** Kommandobehörden von der Division an aufwärts und entsprechende Dienststellen legen dem BMVg bei Angelegenheiten von grundsätzlicher oder weitreichender Bedeutung ihre Stellungnahmen zusammen mit den entstandenen wesentlichen Vorgängen nach Abgang auf dem Dienstweg vor.

**308.** Stellungnahmen von Dienststellen der Bundeswehr, die nach Ersuchen durch die Wehrbeauftragte oder den Wehrbeauftragten aufgrund von Meldungen gemäß der ZDv 10/13 „Besondere Vorkommnisse“<sup>1)</sup> in den unten genannten Fällen oder aufgrund von Eingaben abgegeben wurden, sind unmittelbar mit den entstandenen wesentlichen Vorgängen nach Abgang über das Zentrum Innere Führung, Bereich Innere und Soziale Lage, dem Bundesministerium der Verteidigung FüSK II 3 vorzulegen. Dies betrifft

- Eingaben oder Meldungen mit Verdacht auf „Straftaten nach dem Wehrstrafgesetzbuch“ gemäß Anlage 6/1 (0601 - 0606) und Anlage 7/1 (0701 - 0703),
- Eingaben oder Meldungen mit „Verdacht auf Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ (Anlage 8/1; 0801),
- Eingaben oder Meldungen mit „Verdacht auf Friedensverrat, Hochverrat und Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates“ (Anlage 9/1; 0901), „Betätigung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung durch Soldaten und Soldatinnen“ und „Störung der Gemeinsamkeit des Dienstes wegen Betätigung zugunsten/ungunsten einer bestimmten politischen Richtung durch Soldaten und Soldatinnen“ (Anlage 15/1; 1501, 1502).

**309.** Darüber hinaus sind auf Anforderung dem Bundesministerium der Verteidigung alle von Dienststellen der Bundeswehr abgegebenen Stellungnahmen mit den entstandenen wesentlichen Vorgängen nach Abgang auf dem Dienstweg vorzulegen, wenn

- der Angelegenheit politische oder öffentliche/mediale Bedeutung beizumessen ist oder
- in der Sache ein gerichtliches Disziplinarverfahren oder ein Strafverfahren eingeleitet wurde oder die Einleitung zu erwarten ist.

**310.** Soweit Soldatinnen oder Soldaten im Zusammenhang mit ihren Eingaben an die Wehrbeauftragte oder den Wehrbeauftragten die behandelnden Ärzte oder ärztlichen Gutachter von deren ärztlicher Schweigepflicht entbinden, bezieht sich dies im Zweifel ausschließlich auf deren Stellungnahmen unmittelbar gegenüber der bzw. dem Wehrbeauftragten.

<sup>1)</sup> zurzeit in Überarbeitung.

Mehrausfertigungen dieser Stellungnahmen sowie diesen beigefügte Anlagen, die anderen Dienststellen – einschließlich des Bundesministeriums der Verteidigung – auf dem Dienstweg vorzulegen sind, dürfen keine Tatsachen oder Wertungen enthalten, die der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen.

**311.** Die an die Wehrbeauftragte oder den Wehrbeauftragten gerichteten Stellungnahmen sind gegebenenfalls so abzufassen, dass die der ärztlichen Schweigepflicht unterliegenden Aussagen in einer besonderen Anlage zusammengefasst und nur der oder dem Wehrbeauftragten unmittelbar mit dem Originalschreiben übersandt werden.

**312.** Über Eingaben, deren Inhalt und entsprechende Stellungnahmen haben alle Beteiligten auch untereinander die Pflicht zur Verschwiegenheit gemäß den gesetzlichen bzw. tarifvertraglichen Regelungen (z.B. § 14 Soldatengesetz, § 67 Bundesbeamtengesetz und § 37 Beamtenstatusgesetz, § 3 Abs. 1 Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) zu beachten, soweit es nicht die unmittelbare Bearbeitung der Eingabe betrifft.

**313.** Den Vorgang zur Prüfung einer Belehrung auszuwerten ist erst nach Abschluss des Verfahrens zulässig. Die Namen der Beteiligten dürfen hierbei nicht bekanntgegeben werden.

Insbesondere bei Vernehmungen von Soldatinnen und Soldaten oder von Zeuginnen und Zeugen ist diesen nur der Teil einer Eingabe zur Kenntnis zu geben, der sie selbst betrifft oder zu dem sie vernommen werden.

**314.** Grundsätzlich wird ein Verfahren durch ein Schreiben der oder des Wehrbeauftragten abgeschlossen. Teilt die oder der Wehrbeauftragte den Abschluss des Verfahrens mit, so ist dies mit dem Ergebnis ihrer oder seiner Prüfung den beteiligten Dienststellen und den von der Eingabe betroffenen Personen bekanntzugeben.

**315.** Eingaben, welche die oder der Wehrbeauftragte Dienststellen der Bundeswehr zur Stellungnahme übersendet, dürfen nur dann als Beschwerden nach der Wehrbeschwerdeordnung (WBO) behandelt werden, wenn eine solche Umdeutung dem ausdrücklichen Willen der Petentin oder des Petenten entspricht.

### **3.3 Anhörungen**

**316.** Macht die oder der Wehrbeauftragte von dem Recht auf Auskunft und Akteneinsicht (Nummer 203) Gebrauch, ist dies in jeder Hinsicht zu unterstützen. Für die Anhörung ist, soweit erforderlich, Dienstbefreiung oder Sonderurlaub gemäß § 9 Soldatenurlaubsver-

ordnung (SUV) in Verbindung mit Nummer 72 der Ausführungsbestimmungen zur SUV (ZDv 14/5, F 511) zu erteilen.

**317.** Soweit über Angelegenheiten angehört werden soll, die der Pflicht zur Verschwiegenheit unterliegen, können Anzuhörende über Vorgänge bis zum Verschlussgrad „Verschlussache - Nur für den Dienstgebrauch“ (VS-NfD) aussagen. Bei Vorgängen mit höherem Verschlussgrad hat die oder der Anzuhörende die Aussagegenehmigung über die zuständigen Disziplinarvorgesetzten einzuholen. Bei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern sind die beamtenrechtlichen Vorschriften entsprechend anzuwenden.

**318.** Können die zuständigen Disziplinarvorgesetzten die Genehmigung nicht erteilen, holen sie die Entscheidung ihrer Vorgesetzten ein. Die Genehmigung zu versagen bleibt dem Bundesministerium der Verteidigung FüSK II 3 vorbehalten.

**319.** Die angehörten Personen werden entsprechend dem Justizvergütungs- und Justizentschädigungsgesetz vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2418) geändert worden ist, entschädigt. Diese erfolgt auf Antrag durch das Amt der oder des Wehrbeauftragten.

### **3.4 Bearbeitung bei gleichzeitiger Beschwerde**

**320.** Wurde eine Beschwerde nach der Wehrbeschwerdeordnung (WBO), einschließlich der Disziplinarbeschwerde nach § 42 der Wehrdisziplinarordnung (WDO), eingelegt und liegt in gleicher Angelegenheit eine Eingabeangelegenheit vor, so ist die oder der Wehrbeauftragte über Sachstand und Fortgang der Beschwerdesache zu unterrichten. Eine Mehrausfertigung der Entscheidung ist ihr bzw. ihm unverzüglich zuzuleiten. Die Einlegung eines Rechtsmittels sowie die Unanfechtbarkeit der Beschwerdeentscheidung sind gesondert mitzuteilen.

**321.** Geht eine Eingabeangelegenheit über eine eingelegte Beschwerde nach der WBO hinaus, ist bezüglich dieses Teils der Eingabe wie bei sonstigen Eingaben zu verfahren.

**322.** Werden aufgrund einer Eingabeangelegenheit disziplinare Ermittlungen aufgenommen, so ist die oder der Wehrbeauftragte hiervon zu unterrichten. Nach Abschluss des Verfahrens ist der oder dem Wehrbeauftragten die getroffene Entscheidung mitzuteilen. In einem gerichtlichen Disziplinarverfahren sind durch die Einleitungsbehörde oder die für sie tätige Wehrdisziplinaranwaltschaft auch wesentliche Zwischenentscheidungen mitzuteilen.

**323.** Durch eine Eingabe an die Wehrbeauftragte oder den Wehrbeauftragten werden die Rechtsbehelfe nach der WBO und der WDO nicht ersetzt. Selbst wenn eine Eingabe an die Wehrbeauftragte oder den Wehrbeauftragten als Beschwerde oder als Antrag nach der WBO oder der WDO anzusehen ist, werden die dort festgelegten Fristen nur dann gewährt, wenn die Eingabe innerhalb dieser Frist bei der für die Entgegennahme der Beschwerde oder des Antrags zuständigen Stelle eingeht.

### **3.5 Weitere Regelungen**

**324.** Für die Bearbeitung von Vorgängen, die die oder der Wehrbeauftragte den Dienststellen der Bundeswehr zur Regelung in eigener Zuständigkeit übersendet, gilt nachfolgendes.

**325.** Richtet sich der Vorgang gegen eine Soldatin oder einen Soldaten, ist er der oder dem zuständigen nächsten Disziplinarvorgesetzten zuzuleiten. Sonstige Vorgänge sind der Stelle zuzuleiten, die den Gegenstand des Vorgangs zu beurteilen hat.

**326.** Die in Nummer 323 bezeichnete Stelle hat der Einsenderin bzw. dem Einsender auf dem Dienstweg einen Bescheid zu erteilen, der auch mündlich durch die zuständigen Disziplinarvorgesetzten eröffnet werden kann.

### **3.6 Besuche der oder des Wehrbeauftragten**

**327.** Besuche der oder des Wehrbeauftragten aus besonderem Anlass (z. B. in Zusammenhang mit besonderen Vorkommnissen oder mehreren gleichlautenden oder ähnlichen Eingaben im Bereich desselben Truppenteils bzw. derselben Dienststelle) sind durch die betroffenen Dienststellenleiter dem Bundesministerium der Verteidigung fernschriftlich/per Mail nach folgendem Muster zu melden:

Bundesministerium der Verteidigung

FüSK II 3

Stauffenbergstraße 18 10785 Berlin

(Mail: BMVg FüSK II 3/BMVg/BUND/DE@BMVg) nachrichtlich auf dem Dienstweg:

Höhere Kommandobehörden und Bundesoberbehörden aller Organisationsbereiche oder dem Bundesministerium der Verteidigung unmittelbar unterstellte militärische Dienststellen (Kdo H, Kdo Lw,

MarKdo, KdoSKB, KdoSanDstBw, EinsFüKdoBw, PlgABw, LufABw, BAPersBw, BAAINBw, BAIUDBw, BSprA, BiZBw, UniBw HH/M, EKA, KMBA, BWDA, LufABw)

Inhalt:

Betr.: Truppenbesuch der/des Wehrbeauftragten aus besonderem Anlass

- Zeitpunkt
- Truppenteil/Dienststelle
- Standort und Unterkunft
- Anlass

## 4 Unterrichtung der Soldatinnen und Soldaten

**401.** Alle Soldatinnen und Soldaten sind über die Aufgaben und Befugnisse der oder des Wehrbeauftragten zu Beginn der Grundausbildung und erneut nach Versetzung in die Stammeinheit durch ihre Disziplinarvorgesetzten zu unterrichten. Dabei ist insbesondere auf Nachfolgendes hinzuweisen.

**402.** Jede Soldatin und jeder Soldat hat das Recht, sich unmittelbar, ohne Einhaltung des Dienstweges, mit Eingaben an die Wehrbeauftragte oder den Wehrbeauftragten zu wenden.

Die Anschrift lautet:

Die bzw. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

(Mail: [wehrbeauftragter@bundestag.de](mailto:wehrbeauftragter@bundestag.de))

Die Anschrift ist gemäß ZDv 10/5 „Leben in der militärischen Gemeinschaft“; Nr.230 durch Aushang an der Informationstafel oder dem Informationsportal in der Einheit/Dienststelle bekannt zu geben.

**403.** Eingaben/Schreiben von Bundeswehrangehörigen an die Wehrbeauftragte oder den Wehrbeauftragten werden auch mit Dienstpost befördert. Sie können in der Einheit/Dienststelle abgegeben werden.

**404.** Soldatinnen oder Soldaten können sich nur einzeln an die Wehrbeauftragte oder den Wehrbeauftragten wenden.

**405.** Anonyme Eingaben werden nicht bearbeitet (§ 8 WBeauftrG).

**406.** Wendet sich eine Soldatin oder ein Soldat vor Abfassung einer Eingabe an ihre oder seine Disziplinarvorgesetzte bzw. ihren oder

seinen Disziplinarvorgesetzten, ist ihr bzw. ihm Rat und Hilfe zu gewähren. Es ist ein Dienstvergehen und zugleich eine Straftat nach § 35 Wehrstrafgesetz<sup>1</sup>, wenn Vorgesetzte durch Befehle, Drohungen, Versprechungen, Geschenke oder sonst auf pflichtwidrige Weise Untergebene davon abhalten, Eingaben an die Wehrbeauftragte oder den Wehrbeauftragten zu richten oder Eingaben unterdrücken. Auch der Versuch ist strafbar und kann als Dienstvergehen geahndet werden.

**407.** Die Soldatin oder der Soldat darf nicht dienstlich gemäßregelt oder benachteiligt werden, weil sie bzw. er sich mit einer Eingabe an die Wehrbeauftragte oder den Wehrbeauftragten gewandt hat. Die Beachtung des Benachteiligungsverbot gemäß § 7 Satz 2 WBeauftrG ist sicherzustellen. Enthält die Eingabe Dienstpflichtverletzungen oder Straftaten, z. B. Beleidigungen oder Verleumdungen, kann dies als Dienstvergehen disziplinar geahndet oder strafgerichtlich verfolgt werden (vgl. ZDv 14/3, B 129)<sup>2</sup>.

**408.** Unterlagen, die höher als VS-NfD eingestuft sind, dürfen Soldatinnen und Soldaten ihren Eingaben an die Wehrbeauftragte bzw. den Wehrbeauftragten nicht beifügen. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf die Darstellung von einzelnen Tatsachen, die ihres oder seines Wissens nach einem höheren Geheimhaltungsgrad als VS-NfD unterliegen. Erscheint die Mitteilung solcher Umstände aus Sicht der Petentin oder des Petenten erforderlich, kann in der Eingabe darauf hingewiesen werden oder die Petentin bzw. der Petent nimmt unmittelbar Kontakt mit dem Amt der bzw. des Wehrbeauftragten auf, um ihr bzw. sein Anliegen unter Beachtung der Geheimhaltungsvorschriften vorzutragen.

**409.** Der oder dem Wehrbeauftragten ist auf Anfrage grundsätzlich Auskunft über die in Nummer 408 genannten Unterlagen und Tatsachen sowie Akteneinsicht in Unterlagen zu gewähren, die höher als VS-NfD eingestuft sind. Eine entsprechende Anfrage darf nur aus zwingenden Gründen der Geheimhaltung durch die Bundesministerin oder den Bundesminister der Verteidigung selbst oder ihre bzw. seine ständige Vertreterin oder ihren bzw. seinen ständigen Vertreter im Amt versagt werden (vgl. § 3 Nr. 1 WBeauftrG). Anfragen von Dienststellen zur Entscheidung sind über das Bundesministerium der Verteidigung FüSK II 3 vorzulegen.

Die Hinweise in den Nummern 202, 204, 301, 316 und 317, sind dabei zu beachten.

<sup>1</sup> → C 20

<sup>2</sup> jetzt → C 33g

## 5 Datenschutz

**501.** Das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) sowie die hierzu erlassenen Durchführungsbestimmungen zum Bundesdatenschutzgesetz im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (DB-BDSG BMVg) sind bei der Bearbeitung von Wehrbeauftragtenangelegenheiten (Einholung von Stellungnahmen, Anfertigung von Berichten/Vorlagen, Übersendung von Antwortschreiben usw.) zu beachten. Hierbei sind die in den DB-BDSG BMVg vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen – bis hin zum Schutzbereich 3 – zu berücksichtigen.

## 6 Schlussbemerkungen

**601.** Von allen Vorgesetzten wird erwartet, vertrauensvoll mit der oder dem Wehrbeauftragten zusammenzuarbeiten und ihr bzw. ihm damit die Möglichkeit zu geben, sich schnell und gründlich zu unterrichten.

Das Verständnis der Soldatinnen und Soldaten für unsere Staats- und Rechtsordnung, Vertrauen zur Demokratie, aber auch zur Bundeswehr können damit wesentlich gefördert werden.

**602.** Alle Disziplinarvorgesetzten sind aufgefordert, Erfahrungen in der Anwendung dieses Erlasses auf dem Dienstweg an Bundesministerium der Verteidigung FüSK II 3 zu melden.

# **Grundbegriffe zur militärischen Organisation**

## **Unterstellungsverhältnisse**

### **Dienstliche Anweisungen**

**ZDv 1/50\***

**- Neufassung 1996 -**

#### **Vorbemerkung**

1. Die Dienstvorschrift enthält eine Zusammenstellung grundlegender organisatorischer Begriffe und Regelungen.

Sie gilt für die Streitkräfte.

2. Wegen des engen Zusammenhanges der „Verordnung über die Regelung des militärischen Vorgesetztenverhältnisses (Vorgesetztenverordnung – VorgV)“ mit den Unterstellungsverhältnissen ist die VorgV als Anlage 1<sup>1</sup> in dieser Vorschrift enthalten.

Bei den Nato-Unterstellungsverhältnissen (Nrn. 211 bis 215) und den Streitkräfteklassifizierungen der NATO (Anlage 4)<sup>2</sup> handelt es sich um sinnigere Übersetzungen der entsprechenden Nummern des NATO-Dokuments MC 57/3 „Overall Organization of the Integrated NATO Forces“.

3. Soweit in dieser Dienstvorschrift nur Beispiele aus dem Bereich des Heeres angeführt sind, gelten für die Luftwaffe, die Marine, die Streitkräftebasis (SKB) und den Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr (ZSanDstBw) die in diesen Organisationsbereichen verwendeten Dienststellenbezeichnungen entsprechender Ebene (Anlage 2).<sup>2</sup>

...

## **Kapitel 1**

### **Grundbegriffe zur militärischen Organisation**

#### **I. Organisation des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung**

**101. Der Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) (Anlage 3)<sup>2</sup> umfasst:**

---

\* zzt. in Überarbeitung

<sup>1</sup> → **C 02a**

<sup>2</sup> hier nicht abgedruckt

- das Ministerium,
- die Streitkräfte,
- die Bundeswehrverwaltung,
- die Rechtspflege und
- die Militärseelsorge.

**102.** Das **Bundesministerium der Verteidigung** wird durch den Bundesminister der Verteidigung als Geschäftsbereich geleitet. Es hat im Wesentlichen drei Funktionen:

- Fachressort für militärische Verteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung;
- Führungsinstanz des Inhabers der Befehls- und Kommandogewalt für die Streitkräfte und
- Oberste Dienstbehörde für die Bundeswehrverwaltung, die Rechtspflege und die Militärseelsorge.

**103.** Die **Streitkräfte** gliedern sich in:

- die Teilstreitkräfte (TSK) Heer, Luftwaffe, Marine;
- die Streitkräftebasis (SKB) und
- den Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr (ZSanDstBw).

**104.** Die **Bundeswehrverwaltung** umfasst:

- die Territoriale Wehrverwaltung und
- den Rüstungsbereich.

Aufgaben der Bundeswehrverwaltung werden in den Streitkräften von

- Abteilungen Verwaltung,
- Truppenverwaltungen und
- Krankenhausverwaltungen

wahrgenommen.

## II. Militärische Gliederungsformen <sup>1)</sup>

**105.** Eine **militärische Dienststelle** ist ein durch Organisationsbefehl oder -weisung aufgestelltes selbständiges organisatorisches Element im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, das einen zugewiesenen Aufgabenbereich im Rahmen erteilter Befugnisse eigenverantwortlich wahrnimmt.

Die Gesamtheit der einer Dienststelle übertragenen Aufgaben, Befugnisse und Pflichten wird als **Zuständigkeit** bezeichnet.

<sup>1)</sup> Übersicht in Anlage 2 (hier nicht abgedruckt)

**106.** Eine **Einrichtung** ist eine Zusammenfassung von Personal und Material zum Zwecke der Ausbildung, Betreuung, Versorgung oder Unterstützung der Truppe (z. B. Schule, Akademie, Bundeswehrkrankenhaus, Institut, Truppenübungsplatzkommandantur, Depot).<sup>1)</sup>

**107. Truppe** ist eine Sammelbezeichnung für Einheiten, Verbände und Großverbände der Streitkräfte ohne Berücksichtigung der Gliederungsformen.

**108. Truppenteil** ist die allgemeine Bezeichnung für Einheiten, Verbände und Großverbände, deren Struktur festgelegt ist. Es wird nach aktiven, teilaktiven und nichtaktiven Truppenteilen unterschieden.

Bei einem aktiven Truppenteil sind alle Organisationselemente der nächstniedrigen Ebene – ausgenommen Feldersatzeinheiten oder -teileinheiten – im Frieden aktiv.

Bei einem teilaktiven Truppenteil ist mindestens ein Organisationselement der nächstniedrigen Ebene im Frieden teilaktiv oder nichtaktiv.

Bei einem nichtaktiven Truppenteil ist im Frieden nur Gerät eingelagert und das zur Erhaltung der Einsatzfähigkeit des Gerätes erforderliche Personal vorhanden. Den Status eines aktiven Truppenteils erhält er erst im Falle der Mobilmachung, durch Aktivierung bei Übungen oder auf besondere Weisung.

**109.** Eine **Einheit** ist die unterste militärische Gliederungsform, deren Führer grundsätzlich Disziplinargewalt hat. Die Grundform der Einheit ist die Kompanie.

**110.** Eine **Teileinheit** ist jede Gliederungsform unterhalb der Ebene der Einheit, deren Führer grundsätzlich keine Disziplinargewalt hat.

**111.** Ein **Verband** ist die gliederungsmäßige und/oder zeitlich begrenzte Zusammenfassung mehrerer Einheiten in der Stärke eines Bataillons oder Regiments. Er hat einen Stab.

**112.** Ein **Großverband** ist die gliederungsmäßige und/oder zeitlich begrenzte Zusammenfassung von verschiedenen Truppenteilen von der Stärke einer Brigade an aufwärts.

**113.** Eine **Kommandobehörde** ist eine militärische Dienststelle, die in der Regel Großverbände auf der Ebene Brigade oder Division führt.

---

<sup>1)</sup> Eine militärische **Anlage** (Infrastrukturbegriff) dagegen ist eine Zusammenfassung von ortsfesten militärischen Objekten zu einem einheitlichen Zweck (z. B. Kaserne, Fliegerhorst, Truppenübungsplatz, Befestigung).

**114.** Eine **Höhere Kommandobehörde** ist eine militärische Dienststelle vom Korpskommando oder von entsprechenden Dienststellen gemäß Anlage 2 an aufwärts.

**115.** Ein **Amt** nimmt auf der Ebene Kommandobehörde oder Höhere Kommandobehörde neben Führungsaufgaben überwiegend Fachaufgaben wahr.

**116.** In einem **Stab** sind die Unterstützungselemente des militärischen Führers zur Führung von unterstellten Einheiten, Verbänden, Großverbänden oder sonstigen Dienststellen der Streitkräfte zusammengefasst.

Er gliedert sich in der Regel den Führungsgrundgebieten (FGG) entsprechend in die Abteilungen/Sachgebiete:

- Personalwesen, Innere Führung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (FGG 1),
- Militärisches Nachrichtenwesen (FGG 2),
- Führung, Organisation, Ausbildung (FGG 3),
- Logistik (FGG 4),
- Führungsdienst (FGG 6).

Weitere Abteilungen /Sachgebiete (z. B. für Sanitätsdienst, Verwaltung) können hinzutreten.

**117.** Eine **Befehlsstelle** ist der örtlich bestimmte Platz der Führung eines Truppenteils.

Eine nicht örtlich bestimmte Befehlsstelle zu Lande, zu Wasser oder in der Luft, aus der ein Führer für begrenzte Zeit führt, wird als **bewegliche Befehlsstelle** bezeichnet.

Befehlsstellen der Oberen Führung (Nr. 119) werden in der Regel als **Hauptquartier** bezeichnet.

Im Einsatz führen die Befehlsstellen der Mittleren und Unteren Führung die einheitliche Bezeichnung **Gefechtsstand**.

### III. Führungsebenen <sup>1)</sup>

**118. Oberste Führung** und damit höchste nationale Führungsebene für die Streitkräfte ist das BMVg.

**119. Obere Führung** ist die dem BMVg unmittelbar nachgeordnete Führungsebene in den Streitkräften.

**120. Mittlere Führung** ist die Führung von Großverbänden bis zur Ebene Korps einschließlich.

<sup>1)</sup> Im Bereich der NATO werden oberhalb der Korpsebene unterschieden – entsprechend der Bezeichnung ihrer Befehlshaber – die PSC-, MSC- und MNC-Ebene (in aufsteigender Reihenfolge – siehe Nr. 123).